

SOCIAL ECONOMY DEKLARATION

FÜR EINE WIRTSCHAFT IM DIENST DER
MENSCHEN UND DER NATUR

Endfassung, 24. Juli 2023

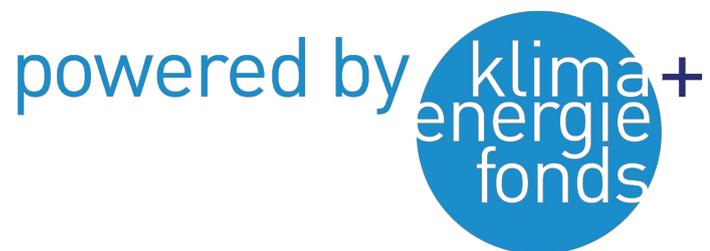
SOCIAL ECONOMY
KONFERENZ

Danksagung

Die vorliegende Social Economy Deklaration ist Resultat eines Prozesses, der mit der 1. Österreichischen Social-Economy-Konferenz im November 2022 seinen Ausgang genommen hat. Die 42 Co-Veranstalter:innen waren in die Erarbeitung eines Entwurfs der Social-Economy-Deklaration eingebunden, zu dem von Mitte Mai bis Ende Juni 2023 eine öffentliche Konsultation durchgeführt wurde. Alle Co-Veranstalter:innen waren aufgerufen, sich an der Endredaktion des Dokuments zu beteiligen. Das Redaktionsteam befasste sich mit den eingegangenen Stellungnahmen und entwickelte die Deklaration auf deren Basis weiter. Das daraus resultierende Dokument ist also kein Text der Redaktion, sondern ein Werk von vielen. Die Co-Veranstalter:innen und weitere Akteur:innen wurden schließlich dazu eingeladen, das Dokument zu unterzeichnen. Allen, die zur vorliegenden Deklaration inhaltlich wie organisatorisch beigetragen haben, sei herzlich gedankt!

Endredaktion (in alphabetischer Reihung): Maria Anastasiadis (Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft, Universität Graz), Markus Blümel und Andreas Exner (Regional Centre of Expertise/RCE Graz-Styria, Zentrum für nachhaltige Gesellschaftstransformation der Universität Graz), Kirsten von Elverfeldt (Institut für Geographie und Regionalforschung, Universität Klagenfurt), Franz Wolfmayr (Zentrum für Sozialwirtschaft).

Mit freundlicher Unterstützung des Österreichischen Klima- und Energiefonds.



Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG.....	5
1.1. WAS IST DIE SOCIAL ECONOMY?.....	5
1.2. LEISTUNGEN UND POTENZIALE DER SOCIAL ECONOMY.....	13
1.3. ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN DER SOCIAL ECONOMY IN ÖSTERREICH.....	18
2. HINTERGRUND DER DEKLARATION.....	19
2.1. DIE 1. SOCIAL ECONOMY KONFERENZ IN ÖSTERREICH.....	19
2.2. RELEVANTE INTERNATIONALE RAHMENBEDINGUNGEN.....	21
2.2.1. DIE NACHHALTIGEN ENTWICKLUNGSZIELE DER VEREINTEN NATIONEN.....	21
2.2.2. RESOLUTION DER UN-GENERALVERSAMMLUNG.....	21
2.2.3. OECD-EMPFEHLUNG ZUR SOZIALEN UND SOLIDARISCHEN ÖKONOMIE UND SOZIALER INNOVATION.....	21
2.2.4. WORLD ECONOMIC FORUM.....	22
2.2.5. EUROPÄISCHE SÄULE SOZIALER RECHTE.....	22
2.2.6. NEXTGENERATIONEU.....	22
2.2.7. LANGFRISTIGE VISION FÜR DIE LÄNDLICHEN GEBIETE DER EU.....	22
2.2.8. EU CARE STRATEGIE.....	23
2.2.9. RATSEMPFEHLUNGEN FÜR EINEN GERECHTEN ÜBERGANG.....	23
2.2.10. EU INDUSTRIESTRATEGIE: ÜBERGANGSPFAD FÜR DIE „PROXIMITY“ UND „SOCIAL ECONOMY“.....	23
2.2.11. EU-AKTIONSPLAN FÜR DIE SOCIAL ECONOMY.....	24
2.2.12. EMPFEHLUNG DES RATS DER EU ZUR SOCIAL ECONOMY.....	24
3. FORDERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN.....	25
3.1. FORDERUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG.....	25
3.2. EMPFEHLUNGEN AN AKTEUR:INNEN DER SOCIAL ECONOMY.....	37

1. Einleitung

1.1. Was ist die Social Economy?

Die Social Economy ist eine Wirtschaft im Dienst der Menschen und der Natur. Sie orientiert sich primär daran, **konkrete Bedürfnisse** zu decken, anstatt finanziellen Gewinn zu erzielen. Wie zu wirtschaften ist, um diese Bedürfnisse decken zu können, wird demokratisch oder partizipativ entschieden – von jenen, die Leistungen der Social Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen nutzen und/oder von deren Beschäftigten. Allfällige Gewinne bzw. Überschüsse werden daher überwiegend reinvestiert und nicht an Investor:innen¹ ausgeschüttet. Die Social Economy existiert von der Industrie bis zur Landwirtschaft, sie findet sich im Bankwesen ebenso wie in Handel oder Bauwirtschaft, bei Versicherungen und im Bereich sozialer Dienstleistungen. Sie bezeichnet eine **alternative Wirtschaftsweise**.

Zur Social Economy gehören untrennbar **Demokratie und Partizipation**: Nicht anonyme Märkte entscheiden, nicht Investor:innen und nicht die Mechanismen einer staatlichen Bürokratie, sondern jene, die in der Social Economy arbeiten oder ihre Leistungen nutzen. Die Menschen, die in der Social Economy tätig sind und jene, mit denen und für die deren Organisationen bzw. Unternehmen wirtschaften, bestimmen Entscheidungen gleichrangig mit. Dazu gehören nicht nur die Beschäftigten, sondern ebenso die (weiteren) Nutzer:innen der Social Economy, seien es Mitglieder einer Wohnbaugenossenschaft, einer Lebensmittelkooperative oder eines Vereins, oder jene Menschen, die der besonderen Unterstützung bedürfen, um am sozialen Leben vollgültig teilhaben zu können. Die Social Economy ist keine Nische, sie ist kein Ansatz nur für verletzte, marginalisierte oder unterdrückte soziale Gruppen, sondern eine Wirtschaftsweise, die niemanden zurücklässt und mit der Natur im Einklang steht. Sie integriert soziale mit ökologischer Gerechtigkeit, denn Social-Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen legen im allgemeinen Wert auf **nachhaltige Produktions- und Konsumpraktiken**, manche können zurecht als Pionier:innen einer sozial-ökologischen Transformation bezeichnet werden. So gehen etwa erneuerbare Energietechnologien (z. B. Windkraftanlagen in Dänemark²), die Biolandwirtschaft, Praktiken des Teilens von Werkzeug und anderen Gebrauchsgütern sowie nachhaltige Lebensstile in Gemeinschaft (z. B. Co-Housing) wesentlich auf die Social Economy zurück und sind nach wie vor ein wichtiger Bestandteil ihrer gegenwärtigen Aktivitäten.

Viel mehr noch freilich bezeichnet die Social Economy eine alternative Wirtschaftsweise, deren Potenziale für eine sozial-ökologische Transformation unerlässlich sind und die wirtschaftspolitisch gezielt entwickelt werden müssen: Sie orientiert sich, erstens, nicht am quantitativen Wachstum, weil sie nicht auf Gewinne abzielt, sondern konkrete Bedürfnisse deckt. Sie ist daher **strukturell suffizient**³ anstatt expansiv wie ein konventionelles Unternehmen⁴. Grundsätzlich kann ein Unternehmen oder eine Orga-

¹ in der Regel männlichen Geschlechts; siehe z.B: <https://www.investopedia.com/articles/investing/092315/why-are-so-few-women-finance-its-complicated.asp>, 20.7.2023

² <https://www.greeneconomycoalition.org/news-and-resources/people-power-denmarks-energy-cooperatives>, siehe z.B. auch <http://www.spok.dk/consult/reports/cooperatives.pdf>, 20.7.2023

³ weil sie vom rechten Maß dessen ausgeht, was für das gute Leben aller (Mitglieder einer Social Economy Organisation oder eines entsprechenden Unternehmens, z. B. bezüglich Wohnraum, Lebensmittel, Mobilität, Arbeitseinkommen) notwendig ist.

⁴ Der strukturelle Expansionismus konventioneller Unternehmen (vor allem solcher, die von externen Investor:innen dominiert werden), der sich zunächst aus der fehlenden organisationalen Demokratie ergibt, das heißt aus dem Um-

nisation der Social Economy auch ohne Wachstum wirtschaften und allfällige Gewinne nur für notwendige Ersatzinvestitionen oder sinn- und maßvolle technologische Neuerungen verwenden. Wenn das Bedürfnis gedeckt ist, das ein Unternehmen der Social Economy adressiert, muss dieses Unternehmen nicht wachsen, sondern pflegt den Bestand. Ein alternatives Lebensmittelnetzwerk (eine solidarische Landwirtschaft etwa), eine Wassergenossenschaft oder ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit können aus politischen oder anderen Gründen nach mehr Mitgliedern streben, unterliegen aber keinem Zwang zu Gewinn und Wachstum. Die Aufgabe des alternativen Lebensmittelnetzwerks etwa besteht darin, Mitglieder konstant mit guten Lebensmitteln zu versorgen, den Produzierenden ausreichende Einkommen zu ermöglichen, und dazu beizutragen, dass die natürlichen Produktionsgrundlagen der Lebensmittel erhalten bleiben. Es muss keine Gewinne für externe Investor:innen erzielen oder in der wirtschaftlichen Konkurrenz eines weitgehend unregulierten, unkooperativen Marktes überleben. Es könnte in Hinblick auf den Zweck seiner Organisation sogar bewusst schrumpfen. Kurz gesagt: Es unterliegt weder einem strukturellen Wachstumsdrang noch einem strukturellen Wachstumszwang.

Zweitens bietet die demokratische oder partizipative Organisation der Social Economy die Möglichkeit, **Anliegen der Natur** (wie etwa vermittelt über die Wissenschaften, soziale Bewegungen oder Umwelt-NGOs) in Entscheidungen einzubeziehen, z. B. den Schutz der Biodiversität oder des Klimas – ein Ansatz, der in gewinnorientierten Unternehmen, in denen externe Investor:innen Entscheidungen treffen, strukturell ausgeschlossen ist, weil er das primäre Unternehmensziel gefährden würde. Diese Möglichkeit wird noch durch die sozialpsychologischen Auswirkungen einer demokratischen Organisation wirtschaftlicher Prozesse unterstrichen, die Transformation begünstigen.

So fördert die innerbetriebliche Demokratie nämlich, drittens, nachweislich die prosozialen und demokratischen Orientierungen der Beschäftigten⁵. Dies stärkt die **Fähigkeit zum Dialog und die Übernahme von Verantwortung**. Stärker prosoziale Einstellungen gehen zudem mit stärker umweltfreundlichen Einstellungen einher⁶. Menschen, die sich an wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligen können, dürften daher der Tendenz nach auch die Zielsetzungen der sozial-ökologischen Transformation stärker unterstützen. Dies umso mehr, als ökologische immer zugleich soziale Probleme sind. So trifft z.

stand, dass nicht konkrete Bedürfnisse, sondern Gewinnerwartungen von Investor:innen prioritär sind, ist ökologisch aus zwei Gründen problematisch: Erstens erfordert der gegenwärtig weitaus zu hohe Verbrauch nicht-erneuerbarer und erneuerbarer Ressourcen im Globalen Norden die fortlaufende, oft gewaltvolle Extraktion solcher Naturelemente aus ihren sozial-ökologischen Zusammenhängen. Ein konkretes Beispiel: Bergbau für die wachsende Nachfrage nach Metallen für bestimmte erneuerbare Energie-Technologien schädigt oder zerstört vielfach die lokalen Lebensgrundlagen für indigene und kleinbäuerliche Bevölkerungsgruppen im Globalen Süden. Zweitens brechen sich Strategien der technologischen Effizienzsteigerung am so genannten Rebound-Effekt: Kosteneinsparungen werden in der Regel dazu eingesetzt, um die Produktion auszuweiten. Zwar können relative Entkoppelungen zwischen Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch beobachtet werden, allerdings gibt es keine Tendenz zur notwendigen absoluten Entkoppelung. Diese ist auch nicht zu erwarten, da sich wirtschaftliche Prozesse nur eingeschränkt dematerialisieren lassen. Siehe zur Frage der Entkoppelung z. B. Parrique, T., Barth, J., Briens, F., Kerschner, C., Kraus-Polk, A., Kuokkanen, A., Spangenberg, J.H. (2019): Decoupling Debunked. Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. <https://eeb.org/wp-content/uploads/2019/07/Decoupling-Debunked.pdf>, 4.12.2022.

⁵ Weber, W.G., Unterrainer, C., Höge, T. (2019): Psychological Research on Organisational Democracy: A Meta-Analysis of Individual, Organisational, and Societal Outcomes. In: Applied Psychology 1-63.

⁶ Neaman, A., Otto, S., Vinokur, E. (2018): Toward an Integrated Approach to Environmental and Prosocial Education. In: Sustainability 10(3): 583. DOI: <http://doi.org/10.3390/su10030583>; Lee, K., Ashton, M. C., Choi, J., Zachariassen, K. (2015): Connectedness to Nature and to Humanity: their association and personality correlates. In: Frontiers in Psychology (6): 1003. DOI: <http://doi.org/10.3389/fpsyg.2015.01003>

B. die Klimakatastrophe Menschen mit geringerem härter als jene mit höherem Einkommen, die mehr Treibhausgase emittieren, sich aber besser anpassen können, etwa durch kühlere Wohn- und Arbeitsräume. Am Schlimmsten wirkt sie sich auf jene aus, die in Regionen leben, die am Wenigsten zu dieser Katastrophe beitragen, etwa in Afrika. Die Potenziale tiefgehender demokratischer Willensbildungsprozesse hat unlängst der österreichische Klimarat⁷ unterstrichen: Dieses die Bevölkerung in Österreich sozio-ökonomisch repräsentierende Gremium, das zufällig zusammengestellt worden ist, hat weitreichende Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakatastrophe erarbeitet, die über die Beschlüsse des Nationalrats und die Initiativen der Ministerien hinausgehen. Diese Art der Willensbildung illustriert die Möglichkeiten, die eine stärker ausgebaute Social Economy für die Lösung kontroverser gesellschaftspolitischer Fragen eröffnen würde. Als ein Beispiel unter vielen: Belegschaften eines Unternehmens der Autoindustrie, die deutlich reduziert und auf neue Produktionszweige hin umorientiert werden muss, könnten z. B. **aktiv ihr Unternehmen umgestalten**, neue Geschäftsmodelle entwickeln, in Zusammenarbeit mit den Vertretungen der Arbeitnehmer:innen, NGOs, staatlichen Institutionen und anderen Akteur:innen⁸. Dies würde nicht nur die Kreativität der Vielen freisetzen, sondern die notwendige Konversion umweltschädlicher bzw. sozial problematischer Unternehmen demokratisch legitimieren. Auch der Umstieg auf andere Berufsfelder und der Erwerb neuer Qualifikationen ließen sich am Besten demokratisch und kooperativ im Sinn der Social Economy organisieren. Transformation ist ein komplexer Prozess, der nicht von oben dekretiert werden kann. Viele kleine und große Veränderungen von wirtschaftlichen Strukturen und Prozessen im Zusammenspiel sozialer Innovationen in der Social Economy mit übergreifenden gesetzlichen Regelungen sind erforderlich. Die konkrete Gestaltung sozial-ökologischer Transformation erfordert Mitbestimmung in der Wirtschaft.

Die sozial-ökologische Transformation darf niemanden zurücklassen, sonst handelt es sich nicht um eine *Trans-form-ation*, das heißt eine Überwindung der derzeit herrschenden *Form* wirtschaftlicher, kultureller, politischer und sozialer Verhältnisse, die nicht nachhaltig sind und daher auch nicht verallgemeinert werden können. Innerhalb der Form der konventionellen Ökonomie bilden wirtschaftliches Handeln und ökologische Nachhaltigkeit einen unauflösbaren Widerspruch. Allenfalls wird letztere berücksichtigt, um die Produktionsgrundlagen gewinnorientierter Großunternehmen zu sichern. Staatliche Politik hat meist diese limitierte Funktion, wie praktisch zu sehen ist. Selbst in diesem Fall **bleiben Sozial- und Umweltpolitik meist strukturell getrennt**.

Ein proaktiver, freundlicher, auf Kooperation basierender Umgang mit Natur, der den Menschen selbst als Teil der Natur begreift und Natur als Teil von Mensch und Gesellschaft, das heißt Soziales und Umwelt strukturell integriert, ist unter den Bedingungen der konventionellen Ökonomie nicht oder nur in seltenen Ausnahmefällen möglich. Eine sozial-ökologische Transformation umfasst daher wesentlich den Bereich der wirtschaftlichen Strukturen und Prozesse: dort wird Natur genutzt, umgestaltet und in Form von Gütern und Dienstleistungen „verteilt“ – und dort entscheidet sich die soziale Lage jener, die Natur nutzen, umgestalten und je nach Maßgabe ihrer Kaufkraft aneignen und verschmutzen können:

⁷ <https://klimarat.org/>, 18.7.2023

⁸ Ein bekanntes historisches Beispiel dafür ist die Diskussion um die Konversion des britischen Rüstungsbetriebs Lucas Aerospace in den 1970er Jahren: McLoughlin, K. (2017): Socially useful production in the defence industry: the Lucas Aerospace combine committee and the Labour government, 1974–1979. *Contemporary British History* 31 (4), 524-545.

das heißt zunächst im Arbeits-, dann im Konsumprozess. Ökologie und Soziales lassen sich deshalb nicht trennen: Soziale Probleme entstehen zu wesentlichen Teilen aufgrund eines ungleichen Zugangs zu „Natur“ und den darauf beruhenden Lebensmöglichkeiten – ökologische Probleme sind umgekehrt im Wesentlichen der Ausdruck sozialer Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Die Strukturlogik eines konventionellen Unternehmens behandelt Menschen im Regelfall wie „Ressourcen“ (meist bezeichnenderweise „Arbeitskräfte“ und „Konsument:innen“ genannt, das heißt mit Blick auf ihre Funktion für die Gewinnproduktion, nicht als Ziel wirtschaftlichen Handelns). Die gleiche Logik bestimmt auch den Umgang mit Natur, die ebenfalls in „Ressourcen“ aufgelöst wird, die keinen Eigenwert haben. Der Umgang eines Unternehmens mit Mensch und Natur zerfällt nicht in zwei verschiedene Bereiche, die konträr organisiert und strukturiert sind, sondern sie gehören zusammen, folgen der gleichen Perspektive auf die „Welt“ schlechthin. **Um Wirtschaft sozial gerecht umzugestalten und zugleich die planetaren Grenzen zu respektieren, ist eine demokratische Entscheidungsstruktur im Alltag der Unternehmen daher unerlässlich.** Die Social Economy ist dafür der erste Anknüpfungspunkt und verweist auf eine Alternative zu einem wachstumsgetriebenen, ökologisch „blinden“, autoritären Wirtschaftsmodell, das auf strikten Weisungshierarchien aufbaut und die Interessen Weniger gegenüber der breiten Mehrheit der Menschen privilegiert.

Demokratie im wirtschaftlichen Alltag ist keine Garantie für ökologisch vertretbare Entscheidungen. Doch würde sie den weitgehend unregulierten Spielraum der angebotsdominierten konventionellen Ökonomie reduzieren. Die Inklusion vieler Stimmen, die jetzt von der durch Investor:innen dominierten Ökonomie negiert und unterdrückt werden, **macht es wahrscheinlicher, dass die Perspektive „der Natur“ stärker berücksichtigt** wird: Über engagierte Einzelpersonen, die derzeit kein Mitspracherecht in Unternehmen haben, wissenschaftliche Expertise, die kaum direkt in die Entscheidungen von Unternehmen Eingang findet, sowie Umwelt-NGOs, die die Anliegen jener vertreten, die sonst keine Stimme haben: der Atmosphäre, der Pflanzen, Tiere und Landschaften. Der Fokus auf die konkreten Bedürfnisse und den echten Bedarf **macht eine Selbstbegrenzung zumindest möglich.** In einer wachstumsgetriebenen Ökonomie ist dies nicht der Fall. Sie adressiert die Nachfrage lediglich als Mittel für den Zweck des Gewinnmachens, vielfach weckt sie diese auch erst unter Einsatz enormer Werbeausgaben – und zwar immer nur nach Maßgabe der Kaufkraft, niemals mit Respekt für die Bedürfnisse von Mensch und Natur als solche. Der von ihr geprägte Alltag wird demgemäß (tendenziell immer noch) von autoritären Strukturen dominiert: im Haushalt – wie überhaupt – mit Blick auf die Arbeitsteilung, soziale Anerkennung und Einkommensniveaus zwischen den Geschlechtern, in der Stadtplanung, im Supermarkt, beim Modekauf, in unseren Finanztransaktionen, in staatlichen Körperschaften und ihrem Umgang mit Bürger:innen, an den Universitäten, den Schulen, in den Kindergärten, Großbetrieben, kleinen und mittleren Unternehmen usw. In all diesen Zusammenhängen werden Entscheidungen meist nur von wenigen oder gar Einzelpersonen getroffen, obwohl sie sich auf viele Menschen erheblich auswirken. Im besten Fall gibt es die Möglichkeit einer gewissen Mitbestimmung (siehe Betriebsräte) – und diese ist beschränkt – oder sie fehlt ganz. Vor diesem Hintergrund sind parlamentarische Wahlen unter günstigen Bedingungen ein Mittel, um die schlimmsten Auswüchse autoritärer Politik zu verhindern. Das ist viel, reicht aber nicht aus. So ist in vielen Ländern zu beobachten: Die in mühevollen, opferreichen Kämpfen sozialer Bewegungen errungene minimale Mitbestimmung über parlamentarische Demokratie ist gefährdet. Auch in Österreich werden demokratische Normen und Institutionen geschwächt – die

Gegenwehr ist bislang noch zu wenig effektiv und sichtbar⁹. Die sozial-ökologische Transformation kann nur dann gelingen, wenn **der Alltag demokratisiert** wird.

Die Social Economy ist deshalb auch keine Alternative zum Sozialstaat, sondern entwickelt soziale Ziele, innovative Lösungen und demokratische Strukturen als dringlich notwendige Ergänzung des Sozialstaats im wirtschaftlichen Alltagsleben im Sinn einer sozial-ökologischen Transformation, die ökologische Probleme als soziale Herausforderungen und Gegenstand sozialer Gerechtigkeit begreift. Für die Rahmenbedingungen der Social Economy sind sozialstaatliche Entwicklungen wie der Ausbau der Kinderbetreuung, die Verbesserung und Demokratisierung von Angeboten zur Arbeitsmarktintegration, Sozialleistungen zur Gewährleistung sozialer Teilhabe und ein umfassender sozialversicherungsrechtlicher Schutz unabdingbar. Weiters ist festzuhalten, dass die Social Economy starke und verbindliche soziale Rechte voraussetzt.

Die EU-Kommission hat die aktuellen Leistungen dieser Wirtschaftsweise und ihre Potenziale mit Blick auf eine sozial-ökologische Transformation in ihrem **Aktionsplan zur Social Economy 2021** hervorgehoben¹⁰. Darin schlagen sich eine Reihe historischer Entwicklungen nieder: Die Errungenschaften der Arbeiter:innenbewegung, der Selbstorganisation von Bäuer:innen bzw. der ländlichen Bevölkerung, und von Initiativen des liberalen Bürgertums in Form von Genossenschaften und Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit; die Bedeutung von Wohlfahrtsverbänden und sozial orientierten Unternehmen für die Entwicklung sozialstaatlicher Strukturen und einer stärker am Gemeinwohl ausgerichteten Wirtschaftsweise; eine aktive Zivilgesellschaft und neue soziale Bewegungen, für selbstbestimmtes Leben, für gemeinschaftliches Wohnen, für Ernährungssouveränität oder die Energiewende, die sich oft in Vereinen, aber auch in Genossenschaften, organisieren; sowie die Rolle von sozial oder ökologisch ausgerichteten gemeinnützigen Stiftungen, die andere Social Economy-Organisationen unterstützen.

Der Begriff der Social Economy bezeichnet damit sowohl einen bedeutenden **wirtschaftlichen Sektor**, der essenzielle gesellschaftliche Funktionen erfüllt als auch einen **Entwicklungsvektor**, entlang dessen sich Wirtschaft demokratisiert und auf diesem Wege stärker an sozialen und ökologischen Anliegen orientiert. Die genaue Umgrenzung des Social Economy-Sektors und die Entwicklung seiner Potenziale werden gegenwärtig intensiv diskutiert. Der Aktionsplan Social Economy der EU-Kommission bietet dafür einen ersten Bezugspunkt. Um die Potenziale der Social Economy zu verwirklichen, bedarf es jedoch noch weiterer Konkretisierungen.

Wenn wirtschaftliche Entscheidungen sich nicht allein an zahlungskräftiger Nachfrage, profitorientierten Investitionen oder bürokratischen Mechanismen sondern an konkreten Bedürfnissen ausrichten, sind **Miteigentum, demokratische Mitbestimmung oder die partizipative Inklusion von Nutzer:innen, Beschäftigten und weiteren Stakeholdern** (z. B. von Angehörigen in der Langzeitpflege) unerlässlich. Um die Prinzipien der Social Economy im Sinn einer sozial-ökologischen Transformation zu stärken, finden sich auch in konventionellen Unternehmen Ansatzpunkte. Wesentlich ist zum Beispiel das System der Betriebsräte, das die Beschäftigten dazu ermächtigt, ihre Bedürfnisse zu artikulieren und ihre

⁹ siehe etwa Boese, V. A., Alizada, N., Lundstedt, M., Morrison, K., Natsika, M., Sato, Y., Tai, H., Lindberg, S. I. (2022): Autocratization Changing Nature? Democracy Report 2022. Varieties of Democracy Institute (V-Dem), https://v-dem.net/media/publications/dr_2022.pdf, 20.7.2023

¹⁰ <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1537&langId=en>, 9.7.2023

Rechte zu wahren. Betriebsräte spielen auch in vielen Social Economy-Organisationen eine wichtige Rolle und sind für eine sozial gerechte, inklusive und nachhaltige Ökonomie unverzichtbar. Einige Beispiele dafür wurden schon erwähnt, weitere folgen im Verlauf dieser Deklaration.

Angesichts vielfältiger struktureller (wirtschaftlicher und gesellschaftlicher) Benachteiligungen entlang von Geschlecht bzw. Gender, Herkunft bzw. Ethnizität, „Ability“ oder Klasse, wie sie z. B. Frauen, insbesondere jene mit Migrationshintergrund¹¹, Menschen mit Behinderungen und andere Personengruppen betreffen, reichen ein Wachstum der Social Economy und eine Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung sowie der Partizipation von Nutzer:innen für eine sozial-ökologische Transformation jedoch nicht aus. Die **Prinzipien der Social Economy** müssen daher die **parlamentarische Gesetzgebung im Allgemeinen**, die Ausgestaltung von Beihilfen und Fördersystemen, die Tätigkeit staatlicher Institutionen, die politische Regulierung von Kapitalgewinnen, Spitzeneinkommen und großen Vermögen, sowie die Entwicklung und den Ausbau sozialer Infrastrukturen wie etwa für die Kinderbetreuung bestimmen. Wirtschaftliche Tätigkeiten machen nicht an nationalen Grenzen halt. Auch die internationale Politik sowie die Gestaltung der internationalen Finanzmärkte müssen sich daher an Social Economy-Prinzipien ausrichten, um etwa den Aufbau fairer Handelsbeziehungen und den globalen Klimaschutz oder den Erhalt der Biodiversität voranzubringen. Die Social Economy ist ein wesentlicher Bereich fairer Entwicklungszusammenarbeit im Handel mit Gütern aus dem Globalen Süden: Der faire Handel ging historisch von Genossenschaften aus, die immer noch eine tragende Säule dieser Form der Zusammenarbeit bilden. Es sind daneben noch weitere institutionelle Möglichkeiten einer internationalen Social Economy denkbar. Die Prinzipien der Social Economy müssen den internationalen Handel mit Agrargütern, Rohstoffen und Energieträgern bestimmen. Denkbar wären etwa demokratisch ausverhandelte Rohstoffabkommen, die faire, stabile Preise festlegen, ökologische Mengengrenzen festlegen und an zentraler Stelle einen Entwicklungspfad für die Exportländer finanzieren, der sie aus der untergeordneten und ausgebeuteten Position von bloßen Rohstofflieferanten befreit. Ähnlich wie im Bereich des fairen Handels gilt auch mit Blick auf den Erhalt von Biodiversität und den globalen Klimaschutz: Zuerst müssen soziale und ökologische Ziele von politischen Entscheidungsträger:innen priorisiert werden; diese müssen in demokratischen Aushandlungsprozessen, die weit mehr als lediglich die Regierungen von Nationalstaaten umfassen, konkretisiert und in Maßnahmen umgesetzt werden, die den wirtschaftlichen Alltag demokratisieren. Dafür darf nicht das Motiv Gewinn zu erzielen oder den heimischen Unternehmen zu sichern, oder wirtschaftliches Wachstum (im Norden) der Maßstab sein. Gewinne müssen reinvestiert werden, und dies auf internationaler Ebene angesichts der enormen historischen Schulden des Nordens am Süden vor allem in die Verbesserung der Lebensbedingungen in armen Ländern.

Diese Ausführungen sind für eine Deklaration ungewöhnlich. Sie erscheinen aber notwendig, um zu erläutern, warum die Social Economy eine derart zentrale Bedeutung hat. Welche konkreten Schlüsse daraus zu ziehen sind, ist Gegenstand der folgenden Abschnitte, insbesondere der Forderungen an die Bundesregierung im letzten Teil.

Wir legen dieser Deklaration die Social Economy-Definition der EU zugrunde. Die Social Economy umfasst laut EU wirtschaftlich tätige Organisationen, die sich durch folgende Eigenschaften auszeichnen:

¹¹ genauer gesagt: jene, die aus armen Ländern nach Österreich kommen und hierzulande zu einem Rückgrat des Care-Sektors, Baugewerbes, Tourismus, Einzelhandels und als Saisonarbeiterinnen auch in Teilen der Landwirtschaft geworden sind.

„**Vorrang des Menschen** sowie des sozialen und/oder ökologischen Zwecks vor dem Gewinn, **Reinvestition** des größten Teils der Gewinne und Überschüsse zur Durchführung von Aktivitäten im Interesse der Mitglieder/Nutzer („kollektives Interesse“) oder der Gesellschaft insgesamt („allgemeines Interesse“) und **demokratische und/oder partizipative Führung**“¹². Diese Definition umfasst einen Teil der in Österreich traditionell so genannten „Sozialwirtschaft“, des Genossenschafts-, Vereins- und Stiftungswesens, sozial oder ökologisch ausgerichteter Unternehmen neueren Typs („Social Businesses“ oder „Social Enterprises“) und die Organisationen der von sozialen Bewegungen so bezeichneten „Solidarischen Ökonomie“. Die Social Economy wird auf Englisch häufig auch als „Social and Solidarity Economy“, auf Deutsch als „Soziale und Solidarische Ökonomie“ bezeichnet.

Die Social Economy ist demnach **nicht gleichzusetzen mit der „Sozialwirtschaft“, wie sie in Österreich traditionell verstanden** wird (z. B. durch die entsprechenden Kollektivvertragspartner:innen). Zunächst einmal stellt die Social Economy ein Spektrum an Gütern und Dienstleistungen her, das über die von der traditionellen, in Österreich sogenannten „Sozialwirtschaft“ erbrachten sozialen Dienstleistungen – seien sie für die Allgemeinheit oder für benachteiligte Personengruppen bestimmt – weit hinausgeht. Dazu zählen etwa das gemeinnützige bzw. genossenschaftliche Wohnen, erneuerbare Energiegemeinschaften, Handwerks- und Industrieunternehmen in Belegschaftshand, der genossenschaftliche Einzelhandel, Kredit-, Plattform- und Vermarktungsgenossenschaften, Initiativen solidarischer Landwirtschaft, NGOs im Bereich nachhaltiger Entwicklung und vieles mehr.

In sozialwirtschaftlichen Unternehmungen wird Partizipation überwiegend großgeschrieben. So ist das berufliche Selbstverständnis von Erbringer:innen sozialer Dienstleistungen das einer Menschenrechtsprofession, die auf Partizipation und Inklusion abzielt¹³. Studien belegen eine solche Ausrichtung. Betriebliche Hierarchien sind in Teilen der Sozialwirtschaft abgeflacht, Mitbestimmung wird gelebt und Menschen stehen im Mittelpunkt – wenngleich öffentliche Vorgaben zur Leistungserbringung Partizipation einschränken¹⁴. Interessensvertretungen von Arbeitnehmer:innen und Erwerbsloseninitiativen machen aber auch darauf aufmerksam, dass manche Einrichtungen der „Sozialwirtschaft“ streng hierarchisch organisiert sind, Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb vermissen lassen. In manchen Fällen, so die Stellungnahmen zum Entwurf dieser Deklaration, sei eine Mitsprache der Beschäftigten bzw. Nutzer:innen sogar als unerwünscht erlebt worden. Bezogen auf die Kriterien „demokratisch“ bzw. „partizipativ“ wird sich also ein Teil der in Österreich traditionell so genannten „Sozialwirtschaft“ zur Social Economy zählen können, noch nicht aber die gesamte Branche.

Organisationen der Social Economy nutzen eine Bandbreite an Rechtsformen, an denen sich der EU-Aktionsplan zur Social Economy zunächst orientiert: Dabei bezieht sich der Begriff Social Economy „auf **vier Haupttypen von Einrichtungen**, die Waren und Dienstleistungen für ihre Mitglieder oder die Ge-

¹² EU-Kommission (2021): Aufbau einer Wirtschaft im Dienste der Menschen: ein Aktionsplan für die Sozialwirtschaft. Siehe unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0778&from=DE>, 17.10.2022, S. 3f; eig. Hervorhebungen; die Autor:innen weisen darauf hin, dass der Begriff der „Sozialwirtschaft“ wie im deutschsprachigen Titel des Aktionsplans zitiert, im österreichischen Kontext missverständlich ist, weil er dort nur einen Teilbereich der Social Economy im Sinn des Aktionsplans bezeichnet. Wir verwenden daher durchgehend den Begriff „Social Economy“ und empfehlen dies auch für die weitere Diskussion.

¹³ <https://www.ifsw.org/>, 24.7.2023

¹⁴ Anastasiadis, M. (2019): Soziale Organisationen als Partizipationsräume. Zwischen Aktivierung, Ökonomisierung und Gestaltung: Perspektiven für die Soziale Arbeit. Beltz-Verlag.

sellschaft insgesamt anbieten: **Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften, Vereine (einschließlich Wohlfahrtsverbände) und Stiftungen**. Sie sind private Einrichtungen, die von der öffentlichen Hand unabhängig sind und eine bestimmte Rechtsform haben“¹⁵.

Für die **Rechtsformen der Genossenschaft und des Vereins ist Demokratie gewissermaßen Teil ihrer organisationalen DNA**: Miteigentum und Mitbestimmung (Genossenschaft) oder Mitbestimmung (Verein) sind statutarisch vorgeschrieben und gesetzlich abgesichert – im Unterschied zu anderen Rechtsformen, die zwar Demokratie ermöglichen können, dafür aber nicht konzipiert worden sind und daher strukturell nicht beinhalten. In der Praxis kommt es immer auch darauf an, ob Mitbestimmung und Demokratie über die statutarischen Mindestanforderungen hinaus auch tatsächlich gelebt werden. Wie für die parlamentarische Demokratie gilt auch hier: Wenn Demokratie nicht gelebt wird, wenn kein gemeinsamer Geist der Zusammenarbeit besteht, die Meinungen von Minderheiten nicht ernst genommen und eine kritische Diskussion nicht aktiv gefördert, vielleicht sogar bewusst unterbunden wird, bleibt Demokratie limitiert und kann deshalb letztlich selbst als bloße Formalstruktur unter Druck geraten. Dennoch schließen die Rechtsformen der Genossenschaft und des Vereins bestimmte Praktiken konventioneller Unternehmen aus, so etwa den Einfluss externer Investor:innen. Darüber hinaus sind beide Formen grundsätzlich sozialen oder ökologischen Anliegen verpflichtet, im Fall der Genossenschaft über das so genannte Förderprinzip: Diese Rechtsform dient ausschließlich dazu, die Anliegen der Mitglieder zu fördern. Dies allein verhindert freilich nicht Fehlentwicklungen und punktuelle Missstände, z. B. spekulative Finanzgeschäfte, das „Bullying“ von Kritiker:innen, die Einschränkung der Mitglieder auf nur wenige Beschäftigte oder Nutzer:innen, oder die Teilhabe an konventionellen Unternehmen mit ausschließlicher Gewinnorientierung. Oft würde es genügen, sich auf den Genossenschaftsgedanken zurückzubesinnen.

Social Economy-Organisationen neueren Typs werden häufig auch als **„Social Businesses“ oder „Social Enterprises“** bezeichnet. Als Teil der Social Economy definiert die EU diese Organisationen wie folgt: Sie „sind auf dem Markt durch die Herstellung von Waren und die Erbringung von Dienstleistungen unternehmerisch und oft innovativ tätig und verfolgen mit ihrer Geschäftstätigkeit soziale und/oder ökologische Ziele. Ihre Gewinne werden größtenteils reinvestiert, um ihr unternehmerisches Ziel zu erreichen. **Ihre Organisationsstrukturen und Eigentumsverhältnisse sind ebenfalls auf Prinzipien der Mitbestimmung oder Mitarbeiterbeteiligung oder auf sozialen Fortschritt** ausgerichtet. Social Economy-Organisationen neueren Typs können je nach nationalem Kontext eine Vielzahl von Rechtsformen haben“¹⁶. Die genaue Definition von „Social Businesses“ oder „Social Enterprises“ im Sinn der Social Economy ist schwieriger als im Fall von anderen Teilbereichen. Einige der verfügbaren Zertifizie-

¹⁵ siehe Fußnote 12

¹⁶ ebd., Fußnote 12; Unter „sozialem Fortschritt“ ist zu verstehen, dass „deren Organisationsstruktur oder Eigentumsverhältnisse dieses Ziel widerspiegeln, da sie auf Prinzipien der Mitbestimmung oder Mitarbeiterbeteiligung basieren oder auf **soziale Gerechtigkeit** ausgerichtet sind“, „[b]eispielsweise durch eine begrenztere Lohnspannbreite“; vgl. EU-Kommission (2011): Initiative für soziales Unternehmertum. Schaffung eines „Ökosystems“ zur Förderung der Sozialunternehmen als Schlüsselakteure der Sozialwirtschaft und der sozialen Innovation, https://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXIV/EU/06/23/EU_62362/imfname_10011513.pdf; im Zitat wurde der im österreichischen Kontext missverständliche Begriff der Sozialunternehmen von den Autor:innen durch „Social Economy-Organisationen neueren Typs“ ersetzt
18.11.2022, S. 3; eig. Hervorhebungen; der Aktionsplan verweist zur näheren Definition von „sozialem Fortschritt“ auf dieses Dokument. In Frankreich z. B. wurde in Entsprechung mit dem Aktionsplan eine Begrenzung von Maximaleinkommen in die nationale Operationalisierung der EU-Definition aufgenommen:
<https://www.economie.gouv.fr/entreprises/agreement-entreprise-solidaire-utilite-sociale-ess>, 18.11.2022

rungen solcher Unternehmen beziehen die Frage der demokratischen oder partizipativen Organisation nicht ein, werden nicht extern überprüft und bleiben bezüglich der sozialen oder ökologischen Ziele vage. Zudem überlappen sich die Rechtsform des Vereins oder der Genossenschaft mit der Zuschreibung oder Selbstdefinition als „Social Business“ oder „Social Enterprise“.

Auf der Basis grundlegender Gemeinsamkeiten im Sinn einer Wirtschaft im Dienst der Menschen sowie der Natur weist die Social Economy also eine große Vielfalt an Organisations- und Rechtsformen auf. Die Unterstützung der Social Economy erfordert daher eine übergreifende und zugleich differenzierte Strategie in Form eines **Österreichischen Aktionsplans für die Social Economy**, der **neben allgemeinen auch spezifische Maßnahmen** für die verschiedenen Ausprägungen der Social Economy als Wirtschaftssektor wie auch als Entwicklungsvektor beinhalten muss: „Bei der Entwicklung geeigneter politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen müssen die Behörden die Vielfalt der von der Social Economy abgedeckten Rechtsformen berücksichtigen. Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften, Stiftungen, Vereine und Social Businesses bzw. Social Enterprises haben zwar viele Gemeinsamkeiten, aber sie haben auch unterschiedliche Ziele und Arbeitsweisen und sind mit spezifischen Hindernissen konfrontiert“¹⁷. Nochmals unterstrichen sei, dass in dieser Hinsicht die mit den verschiedenen Akteur:innen der Social Economy, anderen EU-Ländern sowie der EU-Kommission transnational akkordierte Klärung offener Fragen notwendig ist.

1.2. Leistungen und Potenziale der Social Economy

Schätzungsweise rund **2,8 Mio. Organisationen** der Social Economy in **Europa** schaffen mehr als 13 Mio. Arbeitsplätze und beschäftigen damit 6,3 % der Europäischen Erwerbsbevölkerung¹⁸. In **Österreich** gibt es nach einer ersten Schätzung rund **1.500 Social Enterprises**¹⁹. Diese machen freilich nur einen Teil der Social Economy aus. Derzeit laufen Erhebungen von Datengrundlagen zur Social Economy in Österreich²⁰. Für Länder wie **Frankreich** existieren umfassendere und präzisere Daten zur Social Economy als für Österreich. Dort zählten im Jahr 2015 7 % aller Unternehmen – Vereine und Stiftungen werden darin inkludiert – zur Social Economy, die 10,5 % aller Beschäftigten auf sich vereinten²¹. Die Social Economy leistet in den Ländern, in denen sie am weitesten entwickelt ist, einen wichtigen Beitrag zum BIP, in **Spanien** z. B. rund 10 %²². In bestimmten Regionen der EU hat die Social Economy eine

¹⁷ EU-Kommission (2021), S. 5f; im Zitat wurde der missverständliche Begriff der Sozialwirtschaft, der nur einen Teil der Social Economy bezeichnet, von den Autor:innen durch „Social Economy“ ersetzt; aus diesem Grund wurde auch der Begriff „Sozialunternehmen“ als „Social Businesses bzw. Social Enterprises“ durch die Autor:innen präzisiert.

¹⁸ EU-Commission (2022): Factsheet Social Economy Action Plan, <https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=24985&langId=en>, 17.10.2022

¹⁹ Anastasiadis M., Gspurning W., Lang R. (2018): Social enterprises and their ecosystems in Europe. Country report Austria, 2018. <https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=20562&langId=en>, 17.10.2022

²⁰ Projektpartner:innen des entsprechenden EU-Projekts in Österreich: <https://erziehungs-bildungswissenschaft.uni-graz.at/de/>, <https://regional-centre-of-expertise.uni-graz.at/de/projekte/laufende-projekte/datenerhebung-zur-social-economy-in-oesterreich/>, 24.7.2023

²¹ CNCRES (2015): Panorama de l'économie sociale et solidaire en France. Édition 2015. <http://base.socioeco.org/docs/blobserver1.pdf>, 6.12.2018.

²² Social Economy; Directorate-general for internal policies; Internal Market and Consumer Protection; Study for the IMCO Committee; 2016; [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/578969/IPOL_STU\(2016\)578969_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/578969/IPOL_STU(2016)578969_EN.pdf), 18.11.2022. S. 9

besondere Funktion. So spielen Energiegenossenschaften in Dänemark und Deutschland, Sozialgenossenschaften in Italien eine große Rolle.

Das alles sind beachtliche Zahlen für einen Sektor, der in Österreich noch kaum von Politik und Öffentlichkeit wahrgenommen wird, obschon die Social Economy offensichtlich ein unverzichtbarer Bestandteil der Wirtschaft ist, **essenzielle Leistungen** der Daseinsvorsorge, im gemeinnützigen Wohnbau, für die Landwirtschaft und die regionale Entwicklung insbesondere in strukturschwachen Räumen²³ erbringt. Darüber hinaus forciert sie die Demokratisierung von Eigentum, bietet benachteiligten Gruppen Qualifizierung und Beschäftigung für den (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt, entwickelt Lösungen für prekäre Arbeitsverhältnisse und agiert als Vorreiterin der Energie-, Ernährungs- und Mobilitätswende.

Die spezifischen Eigenschaften der Social Economy bieten erhebliche **transformative Potenziale**, die dringlich realisiert werden müssen. Die Social Economy orientiert sich primär an sozialen oder ökologischen Zielen anstatt am Gewinn – anders als konventionelle Unternehmen dies tun. Für die Social Economy stehen damit die konkreten Bedürfnisse von Menschen im Zentrum: soziale Teilhabe, leistbarer und guter Wohnraum, leistbare und hochwertige Nahrungsmittel, sorgsame Pflege und Unterstützung im Alter oder sinnvolle Arbeitsplätze mit ausreichendem Einkommen und eine auch langfristig gesicherte und gesunde ökologische Lebensgrundlage. Dies steht im Kontrast zu einem rein quantitativen, vermeintlich unbegrenzten Wachstum. Damit eröffnet die Social Economy Potenziale für **mehr Suffizienz**, das heißt für eine Orientierung am „Genug“ und am Gemeinwohl, um auf einem begrenzten Planeten ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. Damit könnte die Social Economy den Druck der Ausbeutung reduzieren, den die konventionelle Wirtschaft auf natürliche Ressourcen und viele Menschen ausübt. Demokratische Organisationsstrukturen erfordern einen „Geist der Solidarität“, um Entscheidungen gleichberechtigt und konstruktiv aushandeln zu können. Dieses Solidaritätsprinzip schafft eine gute Grundlage für **einen sorgsameren Umgang mit natürlichen Produktionsbedingungen und der nicht-menschlichen Mitwelt**. Um es auf den Punkt zu bringen: Die organisationale Strukturlogik eines Unternehmens differenziert nicht grundsätzlich zwischen Mensch und Natur. Sie lässt unter günstigen Bedingungen Spielraum dafür, dass die Beschäftigten bessere Arbeitsverhältnisse erkämpfen. Diese gehen aber in der Regel zulasten der Natur, wenn z. B. höhere Löhne mit mehr Umsatz und daher im Schnitt mehr Naturverbrauch buchstäblich bezahlt werden. Das Solidaritätsprinzip schwächt diesen Widerspruch, weil es eine gänzlich andere Strukturlogik unternehmerischen Handelns bezeichnet.

Damit ist der Social Economy ein spezifisches, unverzichtbares Potenzial beispielsweise für die Entwicklung einer **Kreislaufwirtschaft** und für den **gerechten Übergang** in eine nachhaltigere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung²⁴ zu eigen. Die von Kooperation und Demokratie geprägte Arbeit vieler Social-Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen erleichtert den Aufbau einer „Circular Economy“, die Stoffe im Kreislauf führt. Das Potenzial einer Kreislaufwirtschaft kann nur bei einer intensiven Kooperation verschiedener Unternehmen und Organisationen ausgeschöpft werden. Für eine entsprechende Ausrichtung bietet das sechste Genossenschaftsprinzip der International Cooperative Alliance

²³ So etwa auch die Mitteilung der EU-Kommission „Eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU – Für stärkere, vernetzte, resiliente und florierende ländliche Gebiete bis 2040“, https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:6c924246-da52-11eb-895a-01aa75ed71a1.0002.02/DOC_1&format=PDF, 4.7.2023; siehe z. B. S. 28

²⁴ Siehe etwa die Ratsempfehlung zur Sicherstellung eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität von 2022: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022H0627\(04\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022H0627(04)), 4.7.2023

(ICA), „Kooperation von Genossenschaften“, ein gutes Beispiel²⁵. Sowohl die Food and Agriculture Organisation (FAO) der Vereinten Nationen²⁶ als auch die EU²⁷ unterstreichen die Bedeutung der Social Economy für den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft. Beispielsweise zeichnen der „Re-Use Austria Markterhebung 2022“ zufolge Social-Economy-Unternehmen aktuell für 54 % der vom gesamten österreichischen Re-Use-Sektor eingesparten CO₂-Äquivalente verantwortlich. Das ökologische Potenzial der Social Economy geht jedoch über die Erleichterung technischer Maßnahmen durch soziale und ökologische Zielsetzungen, die Kooperation zwischen Organisationen der Social Economy und die Schaffung ökologisch verträglicher Beschäftigung insbesondere für vulnerable Gruppen hinaus. Demokratische oder partizipative Aushandlungsprozesse öffnen zudem einen Raum für den **grundlegenden Wandel der Mensch-Natur-Beziehungen**, der auch ein neues Verständnis unserer Mitwelt erlaubt: in Richtung auf eine Haltung der Kooperation mit nicht-menschlichen Lebewesen und die Regeneration natürlicher Lebensgrundlagen zum Schutz von Klima, Biodiversität, Gewässer und Böden. Dies ist für die sozial-ökologische Transformation wesentlich: Sie muss nicht nur die Technologien *trans-form*-ieren, sondern auch die Haltungen und Einstellungen.

Insoweit die Social Economy organisationale Demokratie verwirklicht, sind viele ihrer Organisationen bzw. Unternehmen zudem in der Lage, soziale Herausforderungen, die mit der dringlich notwendigen **sozial-ökologischen Transformation** einhergehen, besser zu bewältigen als konventionelle Organisationen bzw. Unternehmen. Zu diesen Herausforderungen zählen etwa die Konversion von Unternehmen, die umweltschädliche Produkte herstellen oder umweltschädliche Produktionsmethoden anwenden, die Entwicklung neuer Kompetenzen z. B. im Reparaturbereich, oder die Schaffung bzw. der Ausbau von Arbeitsfeldern, die in einer sozial-ökologisch nachhaltigen Gesellschaft weit höheres Gewicht als jetzt erhalten müssen. Dazu gehört vor allem der große Bereich der **Care-Arbeit**, insbesondere im Sinn persönlicher sozialer Dienstleistungen. Diese werden heute oft unbezahlt oder mit geringem Lohn unter schlechten Arbeitsbedingungen erbracht und zu wenig anerkannt. Diese Problematik zeigt sich auch im Care-Sektor, in dem Unternehmen bzw. Organisationen der Social Economy eine tragende Rolle spielen. Dazu gehören sehr einseitige geschlechtsspezifische Arbeitsteilungen, die auch die Care-Arbeit im Bereich bezahlter Tätigkeiten (also über die ungleiche Arbeitsteilung im Haushalt hinaus) prägen. Care-Arbeit wird bislang zum überwiegenden Teil von Frauen geleistet, darunter häufig Migrantinnen. Insoweit die Social Economy eine Demokratisierung wirtschaftlicher Verhältnisse voranbringt und durch entsprechende sozialstaatliche Maßnahmen (wie etwa einen flächendeckenden Vollausbau der Kinderbetreuung) sowie arbeitsrechtliche Verbesserungen abgesichert wird, kann sie dazu beitragen, **Geschlechterverhältnisse gerechter** zu gestalten und **soziale Teilhabe** für jene zu verwirklichen, die bislang marginalisiert werden.

Wie Studien zeigen²⁸, trägt die Social Economy zudem dazu bei, **Ökonomien resilienter** zu gestalten und **gute Arbeitsplätze** nicht nur zu schaffen, sondern auch zu erhalten. Dies wird angesichts zunehmender Krisen wie die Störung von Lieferketten, Instabilitäten auf den Finanzmärkten oder die Verknapp-

²⁵ <https://www.ica.coop/en/cooperatives/cooperative-identity>, 19.11.2022

²⁶ https://www.fao.org/agroecology/knowledge/10-elements/circular-economy/en/?page=3&ipp=5&tx_dynalist_pi1%5Bpar%5D=YToxOntzOjE6IkwIO3M6MToiMCI7fQ%3D%3D, 9.7.2023

²⁷ [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022H0627\(04\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022H0627(04)), 4.7.2023

²⁸ Siehe Referenzen im Folgenden

pung bzw. Verteuerung von Rohstoffen immer wichtiger. Die Potenziale zur Schaffung und zum Erhalt guter Arbeitsplätze sind bislang vor allem durch Untersuchungen von Genossenschaften in Italien, Frankreich, und anderen internationalen „Hot Spots“ der Social Economy wissenschaftlich untermauert worden²⁹. Insoweit die betriebliche Demokratie in Genossenschaften vor allem in Industrie und Handwerk (die in Österreich noch zu wenig repräsentiert sind) jenseits formaler Statuten auch gelebt wird, bieten diese Vorteile für die Beschäftigten zur kooperativen Bearbeitung von Krisen:

- die kollektive Intelligenz der Beschäftigten setzt Kreativität für Lösungen frei;
- demokratisch legitimierte Maßnahmen zur Sicherung eines Unternehmens werden von der Belegschaft getragen und sind daher effektiver sowie sozial verträglicher;
- genossenschaftliche Unterstützungsstrukturen (wie sie etwa in Italien existieren) erlauben es, Genossenschaften in Schwierigkeiten solidarisch zur Seite zu stehen oder konventionelle, vom Konkurs bedrohte Unternehmen durch die Transformation in Genossenschaften zu sichern³⁰;
- weil Gewinne nicht an Investor:innen ausgeschüttet werden, ist die Kapitalrücklage solider und bildet einen Krisenpuffer;
- die soziale oder ökologische Ausrichtung schränkt spekulative, riskante Investitionen ein, so dass bestimmte Gefährdungslagen weniger häufig auftreten als in von Investor:innen dominierten Unternehmen³¹;
- darüber hinaus unterstützt die Mitgliedschaft in Prüfverbänden die ökonomische Stabilität von Genossenschaften;
- davon abgesehen zeichnen sich Genossenschaften in Industrie und Handwerk durch eine hohe Arbeitsproduktivität aus, die ökonomische Spielräume auch in Krisenzeiten eröffnet³².

Im Allgemeinen sind Genossenschaften ökonomisch flexibler als konventionelle Unternehmen, weil sie nicht primär am Gewinn orientiert sind und daher auch bei Gewinnmargen, die unter denen konventio-

²⁹ Eine repräsentative Studie für Frankreich zeigt, dass Genossenschaften die besten Arbeitsbedingungen aller Wirtschaftssektoren aufweisen und sogar den öffentlichen Sektor darin übertreffen: Richez-Battesti, N., Petrella, F., Melnik, E. (2011): Quelle qualité de l'emploi au sein de l'économie sociale et solidaire? Premiers résultats sur données françaises. RECMA 319, 520, 57-77, <http://recma.org/article/quelle-qualite-de-lemploi-au-sein-de-leconomie-sociale-et-solidaire-premiers-resultats-sur>, 4.7.2023; siehe für Beispiele internationaler Studien zu den Vorteilen von Genossenschaften im Rahmen wirtschaftlicher Krisen: Delgado, N., Dorion, C., Laliberté, P. (2014): Job preservation through worker cooperatives. An overview of international experiences and strategies. ILO, Geneva. Roelants, B., Hyungsik, E., Terrasi, E. (2014): Cooperatives and Employment: A Global Report.

https://www.cicopa.coop/wp-content/uploads/2018/03/cooperatives_and_employment_a_global_report_en_web_21-10_1pag.pdf, 4.7.2023; Perotin, V. (2013): Worker Cooperatives: Good, Sustainable Jobs in the Community. Journal of Entrepreneurial and Organizational Diversity 2 (2), 34-47; Perotin, V. (2018): What do we really know about worker cooperatives? Co-operatives UK. https://www.uk.coop/sites/default/files/2020-10/worker_co-op_report.pdf, 4.7.2023; siehe für nationale Studien z. B. Carini, C., Carpita, M. (2014) : The impact of the economic crisis on Italian cooperatives in the industrial sector. Journal of Co-operative Organization and Management 2, 14-23.

³⁰ Siehe z. B. Vieta, M. (2015): The Italian Road to Creating Worker Cooperatives from Worker Buyouts: Italy's Worker-Recuperated Enterprises and the Legge Marcora Framework. Euricse Working Papers 78 (15). https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2641057, 4.7.2023

³¹ Für Bankgenossenschaften zeigt das international eine Reihe von Studien, z. B.: Hesse, H., Cihac, M. (2007): Co-operative Banks and Financial Stability. Working Paper No. 07/02, International Monetary Fund; Chiamonte, L., Poli, F., Oriani, M. E. (2015): Are Cooperative Banks a Lever for Promoting Bank Stability? Evidence from the Recent Financial Crisis in OECD Countries. European Financial Management 21 (3), 491-523 ; Köhler, M. (2015): Which Banks Are More Risky ? The Impact of Business Models on Bank Stability. Journal of Financial Stability, 16, 195-212

³² Siehe dazu z. B. die zitierten Arbeiten von Perotin

ner Unternehmen liegen, (temporär) operativ bleiben können. Genossenschaften zeigen auch ein erhebliches Potenzial, Lieferketten durch Regionalisierung zu stabilisieren und der Teuerung von Energie, Lebensmitteln oder Wohnraum entgegenzuwirken. So stärken z. B. Initiativen einer solidarischen Landwirtschaft kleinbäuerliche Betriebe in der Region, Energiegemeinschaften verbessern die lokale Versorgung mit krisensicherer, erneuerbarer Energie, während Wohnbaugenossenschaften sowie gemeinnützige Wohnbauträger leistbaren Wohnraum schaffen und unterhalten, der um etwa ein Viertel günstiger ist als private Mietwohnungen³³. Die historische Funktion vieler Konsumgenossenschaften, Arbeiter:innen mit geringen Einkommen mit leistbaren Lebensmitteln zu versorgen, lebt heute in innovativen Ansätzen (z. B. in kooperativen Supermärkten) erneut auf³⁴. Durch die Reduktion von Margen, die der konventionelle Zwischenhandel zur Gewinnerzielung aufschlägt, durch partielle Mitarbeit von Mitgliedern, effiziente Distribution, die Nahversorgung (die dabei hilft, Mobilitätskosten für Konsument:innen zu sparen) und den Wegfall von Ausgaben für Werbung u. ä. können finanzielle Vorteile erreicht werden – nicht nur für Konsumierende, sondern auch für (kleinbäuerliche) Produzent:innen.

Die Social Economy ist eine hervorragende Quelle **sozialer Innovation** – wie etwa der EU-Aktionsplan zur Social Economy betont. Weil sie sich primär an sozialen und/oder ökologischen Zielen orientiert, kann sie rasch auf neue soziale und/oder ökologische Herausforderungen reagieren. Demokratische Entscheidungsstrukturen sowie die Kooperation mit einer großen Bandbreite von Stakeholdern erleichtern kreative Lösungen und eine sozial und/oder ökologisch wirksame Umsetzung von Innovationen. Dies unterstreicht die unverzichtbare Rolle der Social Economy für die dringlich notwendige sozial-ökologische Transformation. Soziale und technologische Innovationen verschränken sich dabei in vielen Fällen. Ein bekanntes Beispiel aus dem Informatikbereich sind die Open-Source-Bewegungen (z. B. Linux). So hebt der Übergangspfad für das industrielle Ökosystem der „Proximity and Social Economy“ der EU die Bedeutung der Social Economy sowohl für die ökologische als auch die digitale Transformation hervor³⁵. Zusammengefasst bilden die Organisationen der Social Economy einen wesentlichen Teil der **sozialen Infrastruktur** und leisten entscheidende Beiträge zu einer **sozial inklusiven, ökonomisch resilienten und ökologisch verträglichen** Wirtschaft. Sie zeigen erhebliche Potenziale in dieser Hinsicht, die viele Organisationen bzw. Unternehmen der Social Economy schon heute illustrieren, und die unter geeigneten Rahmenbedingungen noch weiter ausgeschöpft werden können, wie internationale Beispiele zeigen. Sie

- schaffen und erhalten **Arbeitsplätze** auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten;
- ermöglichen qualitativ hochwertige, gut bezahlte und **sinnvolle Tätigkeiten**;
- **integrieren** benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt;
- diversifizieren die Ökonomie und erhöhen deren **Resilienz**;
- investieren Überschüsse in **produktive Wirtschaftskreisläufe**, anstatt diese an Einzelne auszuschenken;
- tragen damit zum Erhalt und sozial-ökologischen Umbau **industrieller Strukturen** bei;
- erleichtern die Entwicklung **ländlicher Regionen**;
- verbessern die **Leistbarkeit** von Gütern des täglichen Bedarfs;
- tragen zur Demokratisierung von **Eigentum** bei;

³³ <https://www.gbv.at/AktuelleMeldungen/2021/WIFO%20Studie/>, 4.7.2022

³⁴ Siehe <https://ums-egg.at/> für ein medial prominentes Beispiel einer sozial innovativen Konsumgenossenschaft oder das internationale Vorbild La Louve in Paris: <https://cooplalouve.fr/>

³⁵ <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/52015>, 4.7.2023

- erlauben es, kommunale und andere **öffentliche Dienstleistungen** zu demokratisieren;
- ergänzen **kosteneffizient** die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen;
- bieten ein großes Potenzial für **soziale Innovationen**, darunter solche, die Suffizienz und einen sorgsameren Umgang mit natürlichen Produktionsgrundlagen fördern;
- unterstützen eine **Regionalisierung** von Wirtschaftskreisläufen;
- erhöhen die **soziale Sicherheit** und minimieren wirtschaftliche Risiken;
- sind **Vorreiterinnen der Energiewende** und im Klimaschutz;
- forcieren die **Digitalisierung** und achten dabei auf soziale Inklusion;
- stärken den Arbeitsmarktzugang für Frauen und damit die **Gleichstellung** der Geschlechter;
- orientieren ihre wirtschaftliche Aktivität an **demokratischen und ethischen Werten** und
- fördern eine gelebte Demokratie durch **aktive Teilhabe an der Wirtschaft**.

Die Unternehmen und Organisationen der Social Economy können somit auch Maßnahmen der öffentlichen Hand in der Bereitstellung qualitativ hochwertiger Sozialdienstleistungen auf äußerst kosteneffiziente Weise ergänzen sowie diese Leistungen durch demokratische bzw. partizipative Organisationsstrukturen an die Bedürfnisse von Menschen anpassen und die Arbeitsverhältnisse im Care-Sektor verbessern, was wiederum die Leistungsqualität erhöhen kann³⁶.

Das bietet auch **für Österreich große Chancen**. Allerdings stellen wir fest, dass die Social Economy in Österreich im Vergleich zu konventionellen Unternehmen deutlich weniger unterstützt und öffentlich wahrgenommen wird. Bislang gibt es kaum Anzeichen, dass auf ministerieller Ebene die Stoßrichtung und geplanten Aktivitäten der EU-Kommission zur Social Economy wahr- oder ernstgenommen werden. Es besteht ein **erhebliches Wissensdefizit** zur Social Economy bei politischen Akteur:innen und in der Verwaltung, und es fehlen entsprechende statistische Datengrundlagen.

1.3. Zentrale Herausforderungen der Social Economy in Österreich

Im Österreichbericht der EU-weiten Studie „Social Enterprises and their Ecosystems in Europe“³⁷ wurden mit Vertreter:innen der Social Economy in Österreich die größten Hürden für diesen Sektor erhoben. Diese Hürden beeinträchtigen das Funktionieren der Social-Economy- Unternehmen bzw. -Organisationen beträchtlich.

Dazu gehören:

- geringe sozial- und wirtschaftspolitische Unterstützung – außer für die „integrativen Betriebe“ sind Verträge überwiegend kurzfristig;
- rechtliche und steuerliche Unberechenbarkeit und Unsicherheit;
- geringe Wahrnehmung der Unternehmen der Social Economy;
- kein geteiltes Verständnis von Social Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen;

³⁶ Siehe z. B. die EU Care-Strategie von 2022: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022DC0440>, S. 23

³⁷ Anastasiadis M., Gspurning W., Lang R. (2018): Social enterprises and their ecosystems in Europe. Country report Austria, 2018. <https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=20562&langId=en>, 19.11.2022

- der politische Trend, den Wohlfahrtsstaat zu reduzieren und öffentliche Dienstleistungen zugunsten gewinnorientierter Unternehmen zu privatisieren oder ohne ausreichende Ressourcenausstattung an Social Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen zu übertragen.

Dazu kommt ein zunehmender Fachkräftemangel, der sich auch auf die Social Economy negativ auswirkt. Dieser ist unter anderem durch den demographischen Wandel, verbesserungswürdige Arbeitsbedingungen auch in Teilen der Social Economy oder ihr nahestehender Unternehmen und fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten bedingt.

2. Hintergrund der Deklaration

2.1. Die 1. Social Economy Konferenz in Österreich

Wie die transformativen Potenziale der Social Economy in Österreich besser genutzt werden können, stand im Zentrum der „1. Social Economy Konferenz in Österreich: Kooperieren – Demokratisieren – Transformieren. Die Potenziale Sozialer und Solidarischer Ökonomien entfalten“ am 24. November 2022 an der Universität Graz. Die Konferenz wurde in Zusammenarbeit der Universität Graz, dem Zentrum für Sozialwirtschaft, wesentlichen Interessensverbänden der Social Economy, einer Reihe von universitären und nicht-universitären Forschungseinrichtungen sowie unterstützenden Organisationen veranstaltet (siehe die Liste der 42 co-veranstaltenden Organisationen unter <https://se-conference.uni-graz.at/de/hintergrund/wer-steht-dahinter>).

An die 200 Personen haben sich am 24. November 2022 in Graz mit dem Stand der Entwicklung der Social Economy in Österreich beschäftigt. Parallel zur Vorbereitung der 1. Österreichischen Social Economy Konferenz wurde unter Einbeziehung aller 42 co-veranstaltenden Organisationen eine gemeinsame Deklaration entworfen, deren finale Fassung Sie vor Augen haben. In diese Fassung flossen die Stellungnahmen von Stakeholdern im Rahmen einer öffentlichen Konsultation ein.

Im ersten Workshopblock der Konferenz wurde die Bedeutung der Social Economy in Bezug auf

- Energiewende, Klimaschutz und Versorgungssicherheit,
- Arbeit, soziale Absicherung und Integration,
- Alltagsökonomie, Care und Daseinsvorsorge,
- Wohnen – leistbar, nachhaltig und gemeinschaftlich,
- Ernährung, Landwirtschaft und Nahversorgung sowie
- Demokratie, Partizipation und Gleichstellung

unter anderem anhand guter Beispiele herausgearbeitet.

In einem zweiten Block wurden Meta- und Querschnittsthemen diskutiert:

- Finanzierung und öffentliche Vergabe,
- Forschung: Bestandsaufnahme und Entwicklungsmöglichkeiten,
- Organisations- und Eigentumsformen der Social Economy,
- Gemeinwohl als Ziel der Social Economy und
- Degrowth, sozial-ökologische Transformation und Social Economy.

Weil die Social Economy in Österreich fragmentiert ist, können deren Organisationen ihren gesellschaftlichen und kollektiven Nutzen³⁸ weder ausreichend kommunizieren noch ihre Interessen wirksam vertreten, das heißt die Interessen der dort tätigen Menschen und jener, die auf deren Unterstützung bzw. Leistungen angewiesen sind.

Mit dieser Deklaration wollen die Unterzeichnenden ein **gemeinsames Verständnis der Vielfalt und Gemeinsamkeiten** der Social Economy in Österreich zum Ausdruck bringen und eine Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zur Umsetzung des Aktionsplans der EU schaffen, der die Social Economy sowohl als Wirtschaftssektor mit einer Reihe essenzieller gesellschaftlicher Leistungen würdigt, wie auch als Entwicklungsvektor einer Demokratisierung von Wirtschaft ausbaut und politisch reguliert.

Diese Deklaration **bündelt die Positionen jener Co-Veranstalter:innen** der 1. Social Economy Konferenz **zur Situation der Social Economy in Österreich**, die am Entwurf zu dieser Deklaration aktiv mitgearbeitet oder Rückmeldungen dazu gegeben haben. Sie skizziert unsere Vision für die Zukunft, indem sie Forderungen und Empfehlungen für den Sektor der Social Economy, die Forschungseinrichtungen, die österreichischen Gebietskörperschaften, Organisationen, die die Social Economy unterstützen und aus ihr Nutzen ziehen, sowie die nationale Politik formuliert. Ein erster Entwurf wurde im Kreis der Co-Veranstalter:innen akkordiert.

Im Zuge einer **öffentlichen Konsultation**³⁹ vom 22. Mai bis zum 30. Juni 2023 wurden Stakeholder um Stellungnahmen zu diesem Entwurf gebeten. Folgende Organisationen und Körperschaften übermittelten Rückmeldungen (alphabetische Reihenfolge):

- arbeit plus – Soziale Unternehmen Österreich,
- AUGE/UG Wien (Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen Wien /UG),
- Bundesarbeitskammer,
- Forum Seitenstetten,
- FSG (Sozialdemokratische GewerkschafterInnen in der Bundesarbeitskammer),
- GPA (Gewerkschaft der Privatangestellten),
- Stadt Graz,
- Ökobüro,
- Verein AMSEL (Arbeitslose Menschen suchen Effektive Lösungen).

Die eingelangten Rückmeldungen wurden nach Möglichkeit in den Deklarationsentwurf integriert.

³⁸ siehe zu dieser Unterscheidung wie oben erwähnt, EU-Kommission (2021): Aufbau einer Wirtschaft im Dienste der Menschen: ein Aktionsplan für die Sozialwirtschaft. Siehe unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0778&from=DE>, 17.10.2022, S. 3f

³⁹ <https://survey.uni-graz.at/index.php/855381?lang=de>, 4.7.2023

2.2. Relevante internationale Rahmenbedingungen

2.2.1. Die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen

Im Jahr 2015 haben 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda 2030 **17 nachhaltige Entwicklungsziele**⁴⁰ einstimmig beschlossen. Wie die **International Labour Organisation ILO** mehrfach herausstellt, tragen die Organisationen bzw. Unternehmen der Social Economy wesentlich dazu bei, diese Ziele zu erreichen⁴¹.

2.2.2. Resolution der UN-Generalversammlung

2023 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution mit dem Titel „**Die soziale und solidarische Ökonomie für eine nachhaltige Entwicklung unterstützen**“ verabschiedet⁴². Die Resolution stellt Leistungen und Potenziale der Social Economy (hier als „soziale und solidarische Ökonomie“ bezeichnet) in Hinblick auf folgende Aspekte heraus:

- Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele;
- Sicherung von Arbeitsrechten und guten Arbeitsplätzen;
- Schaffung von inklusivem und nachhaltigem Wachstum;
- Unterstützung von sozialer Innovation und Weiterbildung;
- Empowerment von Frauen, Jugendlichen und Personen in vulnerablen Lebenslagen;
- Respekt für traditionelles Wissen;
- Stärkung von sozialem Zusammenhalt und Diversität;
- Verbesserung des Umweltschutzes;
- sozial gerechte und nachhaltige Gestaltung der Digitalisierung;
- Armutsbekämpfung und Überwindung sozialer Ungerechtigkeit und
- Intensivierung des sozialen Dialogs und Stärkung der Demokratie.

2.2.3. OECD-Empfehlung zur Sozialen und Solidarischen Ökonomie und Sozialer Innovation

Die OECD hat 2022 eine **Empfehlung zur Unterstützung der Social Economy** (hier als „Soziale und Solidarische Ökonomie“ bezeichnet) veröffentlicht.⁴³ Die OECD unterstützt die Social Economy mit Blick auf neue Geschäftsmodelle, essenzielle Dienstleistungen und aufgrund ihres Beitrags zu einer gerechteren, grüneren und digitalen Transition sowie ihrer gemeinschaftsbildenden Funktion und ihres Nutzens für die Jugend. Die OECD unterstreicht dabei auch, dass die Social Economy für langfristige Resilienz von Bedeutung ist. Die beiden folgenden Maßnahmen werden unter anderem empfohlen:

- Nutzung der Hebelwirkung der Social Economy, um transformativen, systematischen Wandel voranzutreiben und
- Sichtbarkeit der Social Economy erhöhen; Verbesserung der statistischen Daten zur Social Economy; Messung des Impacts der Social Economy.

⁴⁰ Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung; 2015, <https://unric.org/de/17ziele/>, 17.10.2022.

⁴¹ Siehe z. B. ILO (2022): Advancing the 2030 Agenda through the Social and Solidarity Economy. Position Paper of the United Nations Inter-Agency Task Force on Social and Solidarity Economy. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---emp_ent/---coop/documents/publication/wcms_856876.pdf, 17.10.2022; im Detail: <https://www.ilo.org/global/topics/cooperatives/publications/transforming-our-world/lang-en/index.htm>, 17.10.2022

⁴² <https://unsse.org/wp-content/uploads/2023/04/A-77-L60.pdf>, 4.7.2023; eig. Übersetzung des Titels

⁴³ <https://www.oecd.org/cfe/leed/social-economy/social-economy-recommendation>, 21.11.2022

2.2.4. World Economic Forum

Das Weltwirtschaftsforum hat 2022 die Leistungen und Potenziale der Social Economy in Hinblick auf **gesellschaftliche Inklusion und Resilienz** unterstrichen⁴⁴. Das Forum betont dabei im Besonderen die Notwendigkeit, die konventionelle Ökonomie verstärkt an den Prinzipien der Social Economy auszurichten, die dafür eine unverzichtbare Pionierfunktion erfüllt: „Mit Hilfe von Rahmensetzungen zur Rechenschaftspflicht, Taxonomien des sozialen Berichtslegung und stärker partizipative Geschäfts- und Management-Modelle kann die Social Economy zur strukturellen Transformation unseres gegenwärtigen ökonomischen Modells und seiner persistierenden Herausforderungen beitragen. Indem die notwendigen Transitionen jetzt in Angriff genommen werden, kann die Social Economy dabei helfen, den Wandel existierender Ökonomien zu einer inklusiveren, nachhaltigeren Zukunft zu beschleunigen“⁴⁵.

2.2.5. Europäische Säule sozialer Rechte

Die Social Economy kann dazu beitragen, die Grundsätze der **europäischen Säule sozialer Rechte**⁴⁶ zu verwirklichen und ihren Aktionsplan 2021⁴⁷ sowie die Kernziele für 2030 zu erreichen, z. B. die Erhöhung der Beschäftigungsquote und die Verringerung der Zahl der Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind.

2.2.6. NextGenerationEU

NextGenerationEU⁴⁸ ist der **Aufbauplan** der aktuellen EU-Kommission, mit dem die EU gestärkt aus der Pandemie hervorgehen möchte. Die Europäischen Volkswirtschaften sollen dazu umgestaltet werden und neue Chancen und Arbeitsplätze für Europa schaffen. Dabei soll die Social Economy eine wichtige Rolle spielen.

2.2.7. Langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU

Die Vision der EU für die **Entwicklung ländlicher Räume** hebt die Rolle und das Potenzial der Social Economy hervor, denn diese Organisationen „verfügen über ein beträchtliches Potenzial, um die Wohnattraktivität zu erhöhen und die Menschen vor Ort und ihre Gemeinschaften zu stärken“⁴⁹. Dabei geht es der EU-Kommission darum, „Innovation, Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und soziale Inklusion“ zu unterstützen. „Ein besonderer Schwerpunkt wird auf kurzen Versorgungsketten für Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse liegen, die die Erzeugerbetriebe direkt mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern verbinden“. Weiters sollen mit Hilfe der Social Economy „Beschäftigungs- und Lernmöglichkeiten für junge Menschen geschaffen und die nachhaltige Entwicklung der Bioökonomie gefördert werden“.

⁴⁴ https://www3.weforum.org/docs/WEF_Unlocking_the_Social_Economy_2022.pdf, 4.7.2023

⁴⁵ https://www3.weforum.org/docs/WEF_Unlocking_the_Social_Economy_2022.pdf, 4.7.2023, S. 5, eig. Übersetzung.

⁴⁶ Die Europäische Säule sozialer Rechte, 2015;: https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/economy-works-people/jobs-growth-and-investment/european-pillar-social-rights/european-pillar-social-rights-20-principles_de_4.7.2023

⁴⁷ Aktionsplan für die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte; 2020; https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/economy-works-people/jobs-growth-and-investment/european-pillar-social-rights/european-pillar-social-rights-action-plan_de_4.7.2023

⁴⁸ https://next-generation-eu.europa.eu/index_de, 4.7.2023

⁴⁹ https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:6c924246-da52-11eb-895a-01aa75ed71a1.0002.02/DOC_1&format=PDF, 4.7.2023; S. 28

2.2.8. EU Care Strategie

Die 2023 veröffentlichte Care-Strategie der EU betont, dass der Social Economy eine wesentliche Funktion im Bemühen zukommt, sowohl die Qualität der Leistungen als auch der Arbeitsverhältnisse im Care Sektor zu verbessern⁵⁰.

2.2.9. Ratsempfehlungen für einen gerechten Übergang

2022 hat der EU-Rat Empfehlungen „zur Sicherstellung eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität“ formuliert⁵¹. Darin wird die wichtige Rolle der Social Economy in Hinblick auf Kreislaufwirtschaft, einen nachhaltigen Konsum und die sozial gerechte Gestaltung einer sozial-ökologischen Transformation insbesondere mit Blick auf vulnerable Gruppen unterstrichen.

2.2.10. EU Industriestrategie: Übergangspfad für die „Proximity“ und „Social Economy“

Die Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU hat 2022 im Rahmen der neuen Industriestrategie der EU⁵² und mit Bezug zum Ökosystem „Proximity und Social Economy“ Leitlinien eines **Übergangspfads im Sinn einer sozial-ökologischen Transformation** publiziert⁵³. Das Dokument unterstreicht die Bedeutung der Social Economy für

- den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft,
- die Steigerung der Ressourceneffizienz
- sowie die Dekarbonisierung von Infrastrukturen

Diese Zielsetzungen verfolgen viele Organisationen der Social Economy aktiv und wirken dahingehend **häufig als Pionierunternehmen**. Darüber hinaus stellt der Übergangspfad die spezifischen Potenziale der Social Economy für den **digitalen Wandel inklusive sozialer Innovationen** etwa in Form von Plattformgenossenschaften heraus. Obgleich die Social Economy eine zentrale Rolle für die so genannte Lokalwirtschaft („proximity economy“) spielt, unterstreicht der Übergangspfad, dass die Geschäftsmodelle der Social Economy „in verschiedenen Wirtschaftszweigen und industriellen Wertschöpfungsketten vertreten und daher von den Übergangspfaden anderer industrieller Ökosysteme betroffen [sind], insbesondere der Bereiche Mobilität, Tourismus, Textilien, Agrar- und Lebensmittelsektor, Einzelhandel und Bauwesen sowie Energie“⁵⁴. Dies hält auch der diesbezügliche Bericht zum Vorbereitungsworkshop mit Stakeholdern der Social Economy fest, der noch ergänzt: „Social Economy Organisationen sind in energie-intensiven Industrien tätig, so etwa viele Unternehmen der Mondragon Corporation in Spanien, oder Ceramiche Noi, eine Produktivgenossenschaft in Italien, die aus einer Belegschaftsübernahme hervorgegangen ist“⁵⁵. Der Workshopbericht weist zudem darauf hin, dass Genossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und nicht-profitorientierte soziale Dienstleister eine große Rolle im Gesundheits- und Pharmabereich in der EU spielen.

⁵⁰ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022DC0440>, spezifisch zur Social Economy siehe S. 23

⁵¹ [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022H0627\(04\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022H0627(04)), 4.7.2023

⁵² <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0350>, 4.7.2023

⁵³ <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/52015>, 4.7.2023

⁵⁴ <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/52015>, 4.7.2023, S. 9

⁵⁵ <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/52894>, 4.7.2023,

2.2.11. EU-Aktionsplan für die Social Economy

Der im Dezember 2021 veröffentlichte Aktionsplan zielt darauf ab, **soziale Innovation** zu fördern, die Entwicklung der Social Economy zu unterstützen und ihre soziale und wirtschaftliche Transformationskraft zu stärken. Er schlägt eine Reihe von **Maßnahmen** bis 2030 vor, mit deren Möglichkeiten sich die Teilnehmer:innen der 1. Social Economy Konferenz auseinandergesetzt haben. Der erweiterte Titel „*Aufbau einer Wirtschaft im Dienste der Menschen: ein Aktionsplan für die Social Economy*“⁵⁶ verweist auf die großen Erwartungen, die die EU-Kommission in diesen Aktionsplan setzt.

Der Aktionsplan setzt eine Reihe von Initiativen in den folgenden drei Bereichen:

- Schaffung der richtigen **Rahmenbedingungen** für das Gedeihen der Social Economy,
- Eröffnung von Möglichkeiten und Aufbau von **Kapazitäten**,
- Stärkung der **Anerkennung** der Social Economy und ihres Potenzials⁵⁷.

Mit dem Aktionsplan soll für geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen gesorgt werden und der Zugang zu Finanzmitteln verbessert werden. Die Sichtbarkeit der Social Economy (z.B. durch bessere Daten) soll erhöht werden.

Der Aktionsplan kündigt **Schlüsselaktionen** zur Unterstützung der Social Economy an, zum Beispiel eine Empfehlung des EU-Rates zur Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Social Economy; einen Social Economy-Gateway⁵⁸, d.h. ein Portal für Interessenvertreter:innen der Social Economy und andere relevante Akteur:innen und Einzelpersonen, u.a. mit einer Navigationshilfe durch EU-Finanzierungen, -Politiken und -Initiativen.

2.2.12. Empfehlung des Rats der EU zur Social Economy

Der 2023 veröffentlichte Vorschlag für eine Empfehlung des EU-Rats zur Social Economy⁵⁹ basiert auf dem EU-Aktionsplan Social Economy aus dem Jahr 2021 und unterstreicht dessen Zielsetzungen, Diagnosen und Aufgabenstellungen. Er bietet darüber hinaus eine umfassendere Darstellung der wechselseitigen Verbindungen verschiedener Politikfelder und EU-Strategien, in denen die Social Economy relevant ist und erklärt einige der Hintergründe der Entwicklung dieses Politikfelds. Der Vorschlag für die Empfehlung konzentriert sich auf drei Bereiche: Erstens den **Zugang zum Arbeitsmarkt und soziale Inklusion** durch die Social Economy zu unterstützen; zweitens **günstige Rahmenbedingungen** für die Social Economy zu entwickeln und drittens Maßnahmen zur **Implementierung, zum Monitoring und zur Evaluation**. Der dritte Punkt ist für die vorliegende Deklaration von besonderem Interesse. Demnach sollen die Mitgliedstaaten 18 Monate nach Veröffentlichung der Empfehlung

- Strategien zum Ausbau der Social Economy entweder formulieren oder, wenn schon vorhanden, adaptieren;
- weiters auf allen Ebenen ihre relevanten administrativen und institutionellen Arrangements einem Review unterziehen und verbessern;
- ein Monitoring einrichten und die Implementierung evaluieren;

⁵⁶ Der im österreichischen Kontext missverständliche Begriff der „Sozialwirtschaft“ wurde von den Autor:innen durch „Social Economy“ ersetzt

⁵⁷ <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=10117&furtherNews=yes#navItem-1>, 17.10.2022

⁵⁸ https://social-economy-gateway.ec.europa.eu/index_en, 20.7.2023

⁵⁹ <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&furtherNews=yes&newsId=10594>, 9.7.2023

- über ihren Fortschritt an die Kommission berichten, spätestens vier Jahre nach der Empfehlung und ein zweites Mal fünf Jahre danach.

Die Verbesserung der institutionellen Arrangements kann, so der Vorschlag für die Empfehlung, folgende Maßnahmen beinhalten:

- Einen One-Stop Shop einrichten, um die Unterstützung der Social Economy zu verbessern.
- Lokale und/oder regionale Kontaktstellen für die Social Economy etablieren, die im Sinn von Botschafter:innen der Social Economy agieren, den Sektor unterstützen sowie den Austausch von Peer-to-peer fördern, Zugang zu EU und nationalen Mitteln erleichtern und eine Verbindung mit nationalen und regionalen Körperschaften herstellen, die EU-Mittel verwalten und verteilen.
- Social Economy-Koordinator:innen in nationalen öffentlichen Institutionen definieren, mit einem klaren Mandat, einer eindeutigen Verantwortung und ausreichenden Ressourcen, um die Empfehlungen zu koordinieren, einem Monitoring zu unterziehen und die Konsistenz politischer Maßnahmen zwischen verschiedenen Regierungsstellen und der EU zu sichern.

3. Forderungen und Empfehlungen

Im Folgenden stellen wir die wichtigsten Ergebnisse der Diskussionen mit den 42 Co-Veranstalter:innen der 1. Social Economy Konferenz in Österreich 2022, die ein erster Entwurf für diese Deklaration festgehalten hatte, sowie der Stellungnahmen seitens verschiedener Stakeholder dazu als Handlungsempfehlungen in Hinblick auf die Stärkung der Social Economy in Österreich in den kommenden Jahren vor. Sie decken sich in wesentlichen Punkten mit den Zielen und Maßnahmenkomplexen des EU-Aktionsplans zur Social Economy sowie des Vorschlags für eine EU-Ratsempfehlung.

3.1. Forderungen an die Bundesregierung

Gesetzliche Rahmenbedingungen

Vergabe öffentlicher Aufträge

Die Vergabe öffentlicher Aufträge unter Berücksichtigung sozialer Kriterien stellt eine wesentliche Rahmenbedingung für die Finanzierung von Social Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen dar. Jährlich werden in Österreich öffentliche Aufträge im Wert von rd. 56 Mrd. Euro vergeben. Die bestehende Rechtslage eröffnet Auftraggeber:innen umfassende Möglichkeiten, soziale Zielsetzungen im Vergabeverfahren zu berücksichtigen. So sieht das derzeit geltende Bundesvergabegesetz 2018 als einen zentralen Grundsatz vor, dass Auftraggeber:innen in einem Vergabefahren auf ein weites Spektrum sozialer Anliegen Bedacht nehmen können. Explizit genannt werden die Beschäftigung von Frauen, von Personen im Ausbildungsverhältnis, von Langzeitarbeitslosen, von Menschen mit Behinderung und älteren Arbeitnehmer:innen⁶⁰, dazu etwa Genderaspekte, die Förderung von Freiwilligenleistungen, fairer Handel, Barrierefreiheit, „Design für alle“ und vieles mehr. Ebenso wichtig ist die verstärkte Nutzung vorhan-

⁶⁰ § 20 Abs. 6 und § 193 Abs. 6 BVergG 2018; § 14 Abs. 6 BVergGKonz 2018

dener Möglichkeiten einer ökologisch nachhaltigen Beschaffung, für die Social-Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen oft gute Voraussetzungen aufweisen.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

1. konkrete an der Social Economy orientierte objektive Kriterien im Vergabegesetz einzuführen, wie etwa das Vorweisen einer Gemeinwohl-Bilanz oder eines Eintrags in ein entsprechendes Register auf Basis der drei Definitionsmerkmale der Social Economy (soziale/ökologische Zielsetzungen, demokratische und/oder partizipative Struktur, Reinvestition von Gewinnen). Damit wird der Nachweis einer Social Economy-Orientierung rechtssicher und vergleichbar;
2. einen Katalog sozialer Kriterien analog dem Kriterienkatalog für Nachhaltige Beschaffung in Übereinstimmung mit den Definitionskriterien der Social Economy laut Aktionsplan der EU zu entwickeln und auf der Seite nabe.gv.at zu veröffentlichen;
3. folgende soziale Kriterien auf Ebene der Zuschlagskriterien aufzunehmen: Beschäftigung von am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen (z. B. Arbeitnehmer:innen 50+, Langzeitarbeitslose, Jugendliche); qualitätsgesicherte Lehrlingsausbildung; nachhaltige Beschäftigungsdauer im Betrieb; Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen hin zu einer umweltschonenden Ausübung der derzeitigen Tätigkeit und Umschulungsmaßnahmen auf ökologisch nachhaltige Berufe;
4. den Umgang mit jenen Zuschlagskriterien rechtssicher und transparent zu machen, die sich an der Social Economy orientieren. So wird das Zuschlagskriterium „Wirtschaftlichkeit“ oft missverstanden. Es geht hierbei nicht um das „günstigste“ Angebot, sondern stattdessen um das „beste“ Angebot;
5. Förderungen und Auftragsvergaben an die demokratische Struktur von Unternehmen und an das Vorhandensein von Belegschaftsvertretungen zu knüpfen, um so die Interessen der Beschäftigten wie auch der Nutzer:innen von Social Economy-Angeboten und Dienstleistungen stärker zu berücksichtigen;
6. ein Servicecenter für Gemeinden mit einem Angebot an Schulungen und einem Helpdesk analog der NABE-Plattform einzurichten;
7. ein Servicecenter und unbürokratische Unterstützung für Unternehmen bzw. Organisationen der Social Economy bei Teilnahme an Ausschreibungen einzurichten. Viele dieser Unternehmen sind klein und haben nicht die Kapazitäten komplexe Ausschreibungen erfolgreich zu bearbeiten;
8. Mustervergaben im Bereich der vorbehaltenen Aufträge durchzuführen;
9. ab 2024 einen Schlüssel für alle Aufträge festzulegen, die von öffentlichen Stellen an Organisationen und Unternehmen der Social Economy zu vergeben sind, beginnend mit 5 %, mit einem verbindlichen Stufenplan bis zur Erreichung von 35 bis 50 % im Jahr 2030;
10. die Nutzung der „EU-State Aid Regulation“⁶¹ zu unterstützen, um die finanzielle Situation von Social Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen zu verbessern;
11. im Rahmen sozial und ökologisch nachhaltiger Vergabe die bevorzugte Beschaffung von Gebrauchsgütern zu forcieren, die in der Social Economy aufbereitet werden;

⁶¹ https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=uriserv%3AOJ.L_.2014.187.01.0001.01.ENG, 18.11.2022

12. die verpflichtende Aufnahme der Auftraggeberhaftung bei Subunternehmen hinsichtlich arbeits- und sozialrechtlicher Standards einzuführen;
13. die Zustimmungsfiktion abzuschaffen und stattdessen die ausdrückliche Zustimmung des Auftraggebers bei Subunternehmerwechsel zu verlangen;
14. der sozialen und klimaneutralen öffentlichen Vergabe im Kommunalinvestitionsgesetz einen zentralen Stellenwert einzuräumen;
15. die Möglichkeit der Direktvergabe oder auch der unmittelbaren Leistungserbringung durch die öffentliche Hand beizubehalten. Dieser Grundsatz soll im gesamten Bereich der Daseinsvorsorge zur Anwendung kommen;
16. dafür Sorge zu tragen, dass die Gemeinden und Länder selbst darüber entscheiden können, ob sie Leistungen im Rahmen ihrer Zuständigkeit selbst, durch ein öffentliches Unternehmen (Inhouse-Vergabe) oder durch eine Organisation bzw. ein Unternehmen (der Social Economy) gegebenenfalls nach Durchführung eines Auswahlverfahrens erbringen.

Schaffung von Planungssicherheit für Unternehmen bzw. Organisationen der Social Economy

Die Unternehmen bzw. Organisationen der Social Economy verfügen derzeit über zu wenig Planungssicherheit. Besonders problematisch ist die fehlende Planbarkeit für jene Unternehmen bzw. Organisationen der Social Economy, die unter unsicheren steuerrechtlichen Rahmenbedingungen wirtschaften. So gefährdet etwa eine im Nachhinein durchgeführte Aberkennung der Gemeinnützigkeit, die nicht durch gesetzliche Verstöße begründet ist, die Existenz solcher Unternehmen bzw. Organisationen und ihrer Eigentümer:innen.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf,

17. in Zusammenarbeit mit Vertretungen von Social-Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen eine gesetzliche Grundlage zu entwickeln, die allen Beteiligten, der öffentlichen Hand, den Finanzbehörden und den Social-Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen Sicherheit bietet. Die abgabenrechtlichen Begünstigungen aus einer Gemeinnützigkeit von Unternehmen bzw. Organisationen der Social Economy müssen zu sicheren und planbaren Rahmenbedingungen für diese führen.

Schaffung von soliden und transparenten Datengrundlagen für die Social Economy

Derzeit fehlen präzise Datengrundlagen zur Social Economy in Österreich.

Wir fordern die Bundesregierung daher dazu auf,

18. die Social Economy in relevante Statistiken und Analysen zu integrieren (OeNB, Statistik Austria, WKO, AMS etc.) – unter Aufbau von satellite accounts wie von der EU empfohlen

und finanziell unterstützt⁶². Dahingehend kann z. B. die Praxis in Frankreich als Vorbild für Österreich dienen⁶³;

19. mit Blick darauf ein Register aller Social-Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen zu erstellen, das auf transparenten Kriterien der drei Definitionsmerkmale der Social Economy laut Aktionsplan der EU beruht und dass diese in regelmäßigen Abständen überprüft werden, um die Voraussetzung für ein regelmäßiges statistisches Monitoring ihrer Strukturen und Leistungen zu schaffen.

Nutzung von für die Social Economy vorgesehenen EU-Mitteln

Die Aufbau- und Resilienzfazilität⁶⁴ im Rahmen von „NextGenerationEU“⁶⁵ bietet den EU-Mitgliedstaaten erhebliche Möglichkeiten zur Umsetzung von Reformen und Investitionen durch soziales und integratives Unternehmer:innentum. Einige Mitgliedstaaten haben die Social Economy und integratives Unternehmer:innentum als Prioritäten in ihre nationalen Aufbau- und Resilienzpläne⁶⁶ aufgenommen. Österreich wird von der EU im Rahmen dieses Programms 3,75 Mrd. Euro an nicht rückzahlbaren Mitteln erhalten, hat aber leider für den Ausbau der Social Economy noch keine Maßnahmen vorgesehen⁶⁷. Eine Nachbesserung bis 2026 ist möglich.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf,

20. die seitens der EU verfügbaren Finanzierungsmöglichkeiten der Social Economy in Zukunft auch für ihren Auf- und Ausbau zur Verfügung zu stellen;
21. hinsichtlich der Mittelverwendung des Aufbau- und Resilienzplans der EU einen Schwerpunkt in den Bereichen Arbeitsmarkt, Gesundheit und Frauen zu setzen.
22. das Potenzial von Finanzierungsprogrammen wie den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) zur Einführung von Innovationen im Sektor zur Steigerung der Wirkungen der Aktivitäten der Social Economy zu nutzen und auch eigene nationale Finanzinstrumente dafür zu entwickeln;

⁶² siehe u.a. https://www.socialeconomy.eu.org/wp-content/uploads/2021/03/SEE_Policy-Paper_SE-ACTION-PLAN_2021_EN.pdf, 24.7.2023

⁶³ <https://www.ess-france.org/>, 19.11.2022

⁶⁴ Die Aufbau- und Resilienzfazilität ist am 19. Februar 2021 in Kraft getreten. Sie bildet das Kernstück des Wiederaufbaufonds NextGenerationEU. Sie dient der Finanzierung von Reformen und Investitionen in den EU- Mitgliedstaaten von Beginn der Pandemie im Februar 2020 bis zum 31. Dezember 2026.

⁶⁵ Europäischer Aufbauplan 2021 – 2027, https://ec.europa.eu/info/strategy/recovery-plan-europe_de, 18.11.2022

⁶⁶ Zur Umsetzung des Europäischen Aufbauplans müssen die EU-Mitgliedsstaaten Resilienzpläne entwickeln und mit der Europäischen Kommission vereinbaren.

⁶⁷ Vgl. österreichischer Aufbau- und Resilienzplan 2020 – 2026; siehe <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:daa6ed52-1070-41d5-acf6-5f980dc6e0dd/Oesterreichischer-Aufbau-und-Resilienzplan-2020-2026.pdf>, 18.11.2022

Verbesserungen für Unternehmen der Social Economy in der Rechtsform der Genossenschaft

Im Programm der österreichischen Bundesregierung⁶⁸ findet sich der Punkt „Vereinsumwandlungsgesetz“, der es Vereinen ermöglichen soll, identitätswahrend in die Rechtsform der Genossenschaft zu wechseln. Dies kann für Organisationen bzw. Unternehmen der Social Economy interessant sein, v.a. wenn sie eine bestimmte Größe erreichen und die Vorteile einer Genossenschaft in Anspruch nehmen wollen.

Diesbezüglich fordern wir die Bundesregierung auf,

26. die bereits weitestgehend vorbereitete Reform zügig umzusetzen. Die im Rahmen der Vorbereitung der für diese Reform erforderlichen Gesetzestexte zusätzlich vorgeschlagene Möglichkeit, die Nachschusspflicht einzuschränken bzw. auszuschließen, würde die Finanzierungsmöglichkeiten von Unternehmen der Social Economy in der Rechtsform der Genossenschaft spürbar verbessern.

Arbeitsmarktpolitik

Langzeitbeschäftigungsmaßnahmen helfen, Armut zu reduzieren und soziale Inklusion zu fördern.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb dazu auf,

27. Innovationsräume zu finanzieren, die die Kreativität der Zivilgesellschaft nutzen, um gute, sinnvolle Arbeit und soziale Absicherung zu schaffen. Solche Räume fokussieren im Sinn eines erweiterten Arbeitsbegriffs nicht nur auf Erwerbsarbeit, sondern integrieren auch andere Arbeitsformen, z. B. die Kooperation von Prosument:innen in sozial innovativen Social Economy-Initiativen im Bereich der Lebensmittelproduktion und -verteilung;
28. einen Innovationstopf auf Bundesebene einzurichten, um naheliegende Schnittstellen zwischen verschiedenen politischen Feldern sinnvoll bearbeiten zu können. Arbeitsmarktpolitik ist eng verbunden mit Sozialpolitik und Klimapolitik, das sollte in der budgetären Planung stärker Beachtung finden;
29. verstärkt dauerhafte Arbeitsplätze in den Organisationen bzw. Unternehmen der Social Economy zu schaffen und entsprechende Instrumente zur mehrjährigen Förderung von am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen zu entwickeln. Fast jede dritte arbeitslose Person ist langzeitbeschäftigungslos, immer mehr Menschen finden am ersten Arbeitsmarkt keinen Platz. Beschäftigung am so genannten zweiten Arbeitsmarkt (staatlich subventionierter Arbeitsverhältnisse) sind durch die begrenzte Förderdauer oft prekär. Dauerhafte Arbeitsplätze in den Unternehmen der Social Economy sind dagegen ein wichtiges Instrument zur Förderung sozialer Teilhabe und Armutsbekämpfung und sollten daher verstärkt genutzt werden;

⁶⁸ <https://www.bundestkanzleramt.gv.at/bundestkanzleramt/die-bundesregierung/regierungsdokumente.html>, 19.7.2023

30. Arbeiten und Lernen miteinander zu verbinden, sodass die Wahlmöglichkeiten von ehemals langzeitbeschäftigungslosen Personen am Arbeitsmarkt steigen. Hierfür ist die langfristige Bereitstellung von mehrjährigen Förderinstrumenten notwendig;
31. ein ausreichendes Angebot von kostenlosen und qualitativ hochwertigen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten bereitzustellen und im Vermittlungsprozess des AMS den Fokus auf gute Lohn- und Arbeitsbedingungen zu legen;
32. bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen das Recht auf freie Berufswahl zu wahren (Art. 23, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte);
33. die Vermittlung in längerfristige Qualifizierung bundesweit als arbeitsmarktpolitisches Erfolgskriterium für Sozialökonomische Betriebe (SÖB) und Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte (GBP) zu definieren. Derzeit gilt nur die Vermittlung in geförderte Beschäftigung als arbeitsmarktpolitischer Erfolg. Gerade für arbeitsmarktferne Menschen ist (Höher-)Qualifizierung aber zentral;
34. geförderte Beschäftigte in SÖB und GBP in deren Gestaltung demokratisch einzubinden. Eine Anhebung der Beschäftigungsdauer (derzeit oft nur 3 Monate) ist schon deshalb wichtig;
35. die Verträge für Social Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen im arbeitsmarktpolitischen Bereich (SÖB, GBP inkl. deren unentbehrliche Hilfsbetriebe) von einem auf drei Jahre zu verlängern, um Planungssicherheit für die Erfüllung ihres arbeitsmarktpolitischen Auftrags zu gewährleisten;
36. die Umwandlung von SÖBs und GBP in Genossenschaften zu ermöglichen bzw. zu erleichtern und voranzutreiben, um demokratische Mitgestaltungsmöglichkeiten durch die Beschäftigten zu verbessern;
37. das Fördermodell der Integrativen Betriebe auf alle Unternehmen auszuweiten und weiterzuentwickeln. Für die mit Stand Juni 2023 50.314 arbeitslosen Personen mit „sonstigen gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderungen“ verfügt die Arbeitsmarktpolitik nur über wenige nachhaltige Angebote. Viele der Betroffenen erreichen keine durchgehende Erwerbskarriere mehr.
38. einen gesetzlichen Rahmen zu entwickeln, der es ermöglicht, spezielle Förderungen zur Beschäftigung benachteiligter Personen allen Organisationen bzw. Unternehmen der Social Economy (und nicht nur den SÖBs oder GBPs) zur Verfügung zu stellen unter Einbeziehung von Know-how aus dem „Supported Employment“ (in Österreich als „NEBA-Leistungen“ bezeichnet);
39. den Organisationen und Unternehmen der Social Economy zu ermöglichen, heute als „arbeitsunfähig“ vom Arbeitsmarkt ausgeschlossene Personen zu beschäftigen. Dazu fordern wir die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Bundesländern die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Investitionsbedürfnisse und Finanzierung

Organisationen bzw. Unternehmen der Social Economy können gegenwärtig in Österreich nur in bestimmten Fällen (z. B. im Wohnbau) auf Finanzierungen zugreifen, die allen konventionellen Unternehmen offenstehen. Obwohl viele Unternehmen und Organisationen der Social Economy seit Jahrzehnten als verlässliche Wirtschaftspartner:innen arbeiten, werden weite Bereiche der Social Economy von vielen Banken als risikoreich und als ökonomisch kaum nachhaltig angesehen. Die EU hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereits zahlreiche Finanzierungsschienen in Form von Bankgarantien sowie Krediten aufgelegt. Manche EU-Staaten haben darüber hinaus bereits eine Finanz- und Beratungsinfrastruktur für die Social Economy aufgebaut wie etwa im spanischen Baskenland, die es ermöglicht, soziale Innovationen systematisch zu finanzieren. Diese Investments können zudem die Wirkung sozialer Programme verstärken.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf,

39. nachvollziehbare Finanzierungen langfristig sicherzustellen: Bei den Auftragsvergaben dürfen nicht nur soziale Kriterien Berücksichtigung finden (siehe oben), sondern es muss darüber hinaus gewährleistet sein, dass die Auftragsvergaben transparent und unabhängig erfolgen;
40. Ungleichgewichte in der Unterstützung verschiedener Bereiche der Social Economy auszugleichen: Besonders die Bereiche der Arbeit mit Menschen mit Behinderung aber auch der psychosozialen Arbeit werden z. B. strukturell benachteiligt;
41. ein niederschwelliges Innovationsprogramm zu schaffen, das über einen Zeitraum von fünf Jahren die Entwicklung von Social Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen in den während der Konferenz behandelten Themenbereichen⁶⁹ fördert, insbesondere zur Beschäftigung von benachteiligten Personengruppen. In Form eines One-Stop-Shops sollten spezifische Information und Beratung bereitgestellt werden;
42. für jene Bereiche der Social Economy, die im Care-Sektor tätig sind, Verbesserungen für die Beschäftigten zu erreichen. Dabei spielen die Bundesländer eine große Rolle: Mitunter werden nach bloßen Kostenkriterien Aufträge an gewinnorientierte Unternehmen vergeben. Auf Ebene der Bundesländer braucht es daher dringend das politische Commitment zu einheitlichen Qualitäts- und Finanzierungskriterien; diese Diskussion sollte sich an der essenziellen Notwendigkeit und grundsätzlichen Stärkung des Sozialstaates orientieren;
43. den Ressourceneinsatz für Maßnahmen zur sozialen Inklusion durch Kooperation mit Social-Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen effizienter zu gestalten (indem der bürokratische Aufwand reduziert wird);

⁶⁹ Arbeitsfelder der Social Economy sind nach Maßgabe der Themen der 1. Social Economy Konferenz vom November 2022 in Graz, siehe <https://se-conference.uni-graz.at/> und weiter oben: Energiewende, Klimaschutz und Versorgungssicherheit, Arbeit, soziale Absicherung und Integration, Alltagsökonomie, Care und Daseinsvorsorge, Wohnen – leistbar, nachhaltig und gemeinschaftlich, Ernährung, Landwirtschaft und Nahversorgung sowie Demokratie, Partizipation und Gleichstellung. Bei den Rahmenbedingungen geht es um Finanzierung und öffentliche Vergabe, Forschung (Bestandsaufnahme und Entwicklungsmöglichkeiten), Organisations- und Eigentumsformen der Social Economy, Gemeinwohl als Ziel der Social Economy sowie Degrowth, sozial-ökologische Transformation und Social Economy.

44. zum Aufbau von übergreifenden Kooperationsstrukturen der Social Economy beizutragen, um soziale Innovation zu maximieren und dysfunktionale Konkurrenzsituationen zu vermeiden, in Übereinstimmung mit dem sechsten Prinzip der Genossenschaften (eines wichtigen Teilbereichs der Social Economy) laut International Cooperative Alliance (ICA), das die Kooperation zwischen Genossenschaften als zentralen Gedanken formuliert⁷⁰;
45. ein neues Fördermodell für Social Economy-Unternehmen in der Kreislaufwirtschaft zu etablieren, um die erhebliche Leistung dieser Unternehmen für die Schließung von Stoff-Flüssen weiter zu steigern;
46. bei öffentlichen Förderungen für Unternehmen einen Fokus auf soziale Innovation zu legen und auf Unternehmen, die sowohl sozialen als auch ökologischen Impact haben. Dabei müssen die Fördervoraussetzungen für alle Unternehmensformen geöffnet werden, besonders für Genossenschaften (Personenvereinigungen) und Vereine (gewerblich als auch gemeinnützig), da Unternehmen mit sozialem und ökologischem Impact vorwiegend diese Rechtsformen wählen.
47. spezifisches Augenmerk darauf zu legen, dass auch kleine Social-Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen guten Zugang zu Fördermöglichkeiten und Beratungsstrukturen haben;
48. die Übernahme von Unternehmen durch Mitarbeiter:innen zu fördern (in Fällen wie Standortverlagerung, Generationenwechsel oder Insolvenz) und die Umwandlung von herkömmlichen Unternehmen in Unternehmen der Social Economy (z. B. Genossenschaften) zu unterstützen. Dazu fordern wir von der Bundesregierung, effektive Instrumente zum Erhalt von Arbeitsplätzen und Unternehmen im Sinn der Social Economy zu entwickeln. Dafür gilt es, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen (bezüglich Expertise, Gesetze, Förderungen etc.). Mitarbeiter:innen können bei unzureichender Planung einem doppelten Risiko des Arbeitsplatz- und Kapitalverlusts ausgesetzt sein. Kritische Analysen der Chancen und Risiken (Due diligence-Prüfung) einer Belegschaftsübernahme sind daher im konkreten Einzelfall durchzuführen, um das Risikopotenzial für die Mitarbeiter:innen zu bewerten. Das italienische Marcora-Gesetz als gutes Praxis-Modell kann hier eine Orientierung und erste Diskussionsgrundlage bieten⁷¹;
49. das Modell der Insolvenzstiftung so weiterzuentwickeln, dass bei Insolvenzen Beschäftigte sich finanziert umqualifizieren können, um Unternehmen der Social Economy insbesondere im ökologischen und sozialen Bereich zur Verfügung zu stehen.

Demokratie und Partizipation

Demokratische Mitbestimmung (gegebenenfalls unterstützt durch das Eigentum an einem Unternehmen oder einer Organisation in Hand der Belegschaften und/oder Nutzer:innen) und die tatsächliche Partizipation an Entscheidungen sind die wesentlichen Grundlagen für die sozialen und ökologischen Zielset-

⁷⁰ <https://www.ica.coop/en/cooperatives/cooperative-identity>, 9.7.2023

⁷¹ Das 1985 unter dem christdemokratischen Industrieminister Giovanni Marcora erlassene Marcora-Gesetz regelt „ein Vorkaufsrecht der Belegschaft bei Betriebsschließungen wegen Insolvenz oder anderer Gründe (...) sowie die Fortführung des Unternehmens als Mitarbeitergenossenschaft. Darüber hinaus regelt es die Finanzierung und Begleitung der mitarbeitergeführten Genossenschaft durch den genossenschaftlichen Finanzierungsfonds CFI“, <https://de.wikipedia.org/wiki/Marcora-Gesetz>, 25.7.2023

zungen von Organisationen bzw. Unternehmen der Social Economy, die durch das Social Economy-Prinzip der Reinvestition von Gewinnen noch vertieft werden. So erfordert z. B. das für Genossenschaften grundlegende Förderprinzip im Sinn eines kollektiven Interesses, d. h. die Verwirklichung der Interessen der Mitglieder, das Prinzip der Demokratie, wie dies gesetzlich für Genossenschaften (ebenso wie für Vereine) auch vorgeschrieben ist. Nur bei gleichrangiger Mitbestimmung und tatsächlicher Partizipation an Entscheidungen (was im Fall von Genossenschaften durch das demokratische Miteigentum noch zusätzlich abgesichert und operational konkretisiert wird) können diese Interessen artikuliert werden und ist gewährleistet, dass die Steuerung und täglichen Aktivitäten eines Unternehmens oder einer Organisation tatsächlich diese Interessen, das heißt Menschen und Natur in den Mittelpunkt stellen, anstelle bürokratischer Mechanismen oder Interessen, die der Social Economy widersprechen. So wird auch die inhaltlich und prozedural andernfalls unklare Ausrichtung am „Gemeinwohl“ oder „social impact“ konkret abgesichert, definitorisch hinreichend bestimmt und mit Leben erfüllt. Die für die Social Economy relevanten Rechtsformen beinhalten Demokratie entweder als gesetzliches Erfordernis oder lassen demokratische Organisationsformen grundsätzlich zu. Zum ersten Typ zählt etwa die Genossenschaft wie im Genossenschaftsgesetz geregelt, sowie der Verein und der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit⁷². Zum zweiten Typ zählt z. B. die GmbH, sofern deren Beschäftigte und/oder Nutzer:innen auch als Gesellschafter:innen fungieren. Doch wird dieser zentralen und für eine sozial-ökologische Transformation unverzichtbaren Dimension der Social Economy noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Es wird weiters zu wenig darauf geachtet, wie Demokratie und Partizipation genau umgesetzt werden. Die notwendige Differenzierung zwischen einer bloß statutarischen, rein formalen Demokratie und einer substanziellen, gelebten Demokratie andererseits wird weder gesetzlich geregelt noch geprüft. Schließlich bestehen bedeutende Wissensdefizite zur Funktionsweise und zu den Möglichkeiten von Demokratie in Social-Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen seitens politisch Entscheidungstragender und mancher Stakeholder. Dies gilt auch für den für die sozial-ökologische Transformation besonders relevanten (weil für die Konversion von konventionellen in Social-Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen paradigmatischen) Fall so genannter „Produktivgenossenschaften“ (wo die Beschäftigten zugleich Eigentümer:innen des Unternehmens sind). Dort können die Beschäftigten sowohl als gleichrangige Eigentümer:innen fungieren als auch in den vollen Genuss ihrer Rechte als Arbeitnehmer:innen kommen, inklusive der Einrichtung von Betriebsräten⁷³.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf,

50. künftige politische Initiativen zur Social Economy so zu gestalten, dass diese effektiv dazu beitragen, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten jener Teil- oder Nahebereiche der Social Economy, die diesbezüglich Mängel und Aufholbedarfe zeigen, zu verbessern. Dies wird nur mit einer starken Einbindung der Vertretungen der Arbeitnehmer:innen in die Entwicklung der Social Economy im Sinn von Mitbestimmung und Demokratie gelingen;
51. das zentrale Kriterium der Demokratie und/oder Partizipation in den Mittelpunkt von Entwicklungs- und Fördermaßnahmen zu stellen; dies sowohl für Organisationen und Unternehmen der Social Economy als auch für jene, die sich in einem Naheverhältnis zu ihr be-

⁷² zu dieser in Österreich wenig bekannten Form der Social Economy siehe z. B. <https://www.vvo.at/vvo/vvo.nsf/syspages/kleinevereine.html>, 9.7.2023

⁷³ Siehe etwa das Beispiel von Otelo, einer diesbezüglichen Pionier-Genossenschaft in Österreich: <https://www.oteloegen.at/>, 9.7.2023

finden (etwa weil sie soziale oder ökologische Anliegen vertreten, aber keine demokratischen oder partizipativen Strukturen aufweisen) und sich in Social Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen transformieren wollen; dies betrifft etwa die Vorgaben zur Zuweisung an SÖBs und zu deren Erfolgsquoten oder auch die Betreuungsschlüssel und Aufnahmekriterien von Kindergärten, die oft wenig diesbezüglichen Spielraum lassen.

52. die Social Economy bzw. Wirtschaftsdemokratie als zentralen Gegenstand politischer Bildung in Schulen und an Universitäten zu verankern, der für eine sozial-ökologische Transformation wesentlich ist.

Bewusstseinsbildung und Kompetenzentwicklung

Als Teil ihrer strategischen Ausrichtung auf inklusives, intelligentes und nachhaltiges Wachstum haben OECD und EU Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung entwickelt, wie etwa eine Anleitung zur Messung sozialer und wirtschaftlicher Wirkungen für Social Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen, eine Anleitung für die Entwicklung geeigneter rechtlicher Rahmenbedingungen, spezifische Partnerschaften (um Erfahrungen und Chancen unter verschiedenen Ländern und Stakeholdern auszutauschen) sowie thematische Papiere (unter anderem zur Klärung von Konzepten und Definitionen). Solche Maßnahmen fehlen in Österreich bislang.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

53. technische, finanzielle und administrative Unterstützungen für Organisationen bzw. Unternehmen bereitzustellen, die sich innovativ weiterentwickeln und sich in Social-Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen transformieren möchten, und entsprechende Anreize zu schaffen;
54. Berufsprofile und Ausbildungsmöglichkeiten speziell für Social-Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen zu schaffen, deren Arbeitsweise sich aufgrund ihrer primär sozialen und/oder ökologischen Zielsetzungen sowie demokratischen und/oder partizipativen Entscheidungsstrukturen bzw. der Ausrichtung auf sozialen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit von konventionellen Unternehmen erheblich unterscheidet;
55. im Rahmen des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft Ausbildungsmöglichkeiten für Verwaltungs-Mitarbeiter:innen zu schaffen, um die Social Economy angemessen unterstützen zu können;
56. die Entwicklung von Forschungs- und Bildungsplänen für zukünftige Social Economy-Akteur:innen wie Unternehmer:innen auf Universitätsebene – die dem breiten Ansatz und der Begrifflichkeit der Social Economy wie von der EU definiert entsprechen – zu unterstützen und Kompetenzzentren zur Gründung von und Transformation zu Unternehmen und anderen Organisationen der Social Economy (z. B. im Rahmen der Betriebsnachfolge) in ihrer ganzen Vielfalt und Bandbreite entlang der EU-Kriterien zu fördern;
57. eine physische und/oder digitale Austauschplattform für Akteur:innen der Social Economy einzurichten, z. B. Unternehmer:innen und nationale sowie lokale Behörden, um den gemeinsamen Dialog über Bedürfnisse und Kooperationsmöglichkeiten zu unterstützen.

Zuständigkeiten und politische Strategien

Die Social Economy in Österreich braucht klare Zuständigkeiten und wirksame politische Strategien. Diese fehlen in Österreich bislang völlig – im Unterschied zu den vielfältigen und intensiven Aktivitäten in vielen anderen EU-Staaten und auf EU-Ebene zur Förderung der Social Economy. Österreich droht den Anschluss in dieser Hinsicht zu verlieren und die unverzichtbaren Potenziale der Social Economy für die dringlich notwendige sozial-ökologische Transformation ungenutzt zu lassen. Wir erwarten uns daher eine Evaluation der Zuständigkeiten und Kompetenzen auf Ebene des Bundes, der Länder und Gemeinden sowie gegebenenfalls eine Neuaufstellung, damit die für die Social Economy verantwortlichen staatlichen Körperschaften ihrer Aufgabe im Auftrag der in Österreich lebenden Menschen auch tatsächlich nachkommen.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

58. die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen den staatlichen Stellen und Ebenen zu klären, um Maßnahmen für die Social Economy besser zu planen und effektiver umzusetzen, gegebenenfalls durch die Schaffung einer eigenen Abteilung für Social Economy, eines Staatssekretariats oder eines Ministeriums;
59. eine übergreifende Kommission zur Klärung der Zuständigkeiten zu schaffen, sowie zur Ausarbeitung eines Nationalen Aktionsplans Social Economy, zur Schaffung eines unterstützenden institutionellen Rahmens und zur Konzeption günstiger rechtlicher und anderer regulatorischer Rahmenbedingungen in enger Zusammenarbeit und demokratischer Abstimmung mit Social Economy-Akteur:innen;
60. mit Blick auf die Gestaltung und Umsetzung von politischen Initiativen zur Social Economy die breite und inklusive Mitbestimmung sowohl von Beschäftigten als auch von Nutzer:innen der Social Economy zu gewährleisten, insbesondere von in Entscheidungsprozessen üblicherweise unterrepräsentierten, marginalisierten, verletzlichen und unterdrückten sozialen Gruppen.

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen für eine transformative Social Economy

Die Möglichkeiten und Perspektiven der Social Economy stehen in einem engen Zusammenhang mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Deshalb müssen Maßnahmen zur Förderung der Social Economy auch diese Rahmenbedingungen adressieren. Schließlich ist die Social Economy keine Nische oder nur für benachteiligte soziale Gruppen relevant. Die Social Economy ist eine alternative, tendenziell nachhaltigere Wirtschaftsweise, die gesellschaftlich bestimmend werden muss, soll die sozial-ökologische Transformation mehr als Rhetorik sein. Dies bedeutet, dass die Social Economy abgesehen von ihren schon jetzt unverzichtbaren sozialen Dienstleistungen und Infrastrukturen Pionierin ist für ein menschen- und naturfreundliches Wirtschaften. Das allein ist aber weitaus zu wenig: Die Pionierin muss tatsächlich Vorbild werden können für eine Transformation der großen Mehrheit aller Unternehmen.

Beispielhaft seien hier einige dafür wichtige Handlungsfelder benannt:

61. Abbau direkter und indirekter Subventionen für Unternehmen bzw. Organisationen, die nicht zur Social Economy zählen, sofern dem kein dringliches öffentliches Interesse entgegen steht wie Rettungsprogramme für akut gefährdete Unternehmen im Rahmen einer generellen wirtschaftlich kritischen Situation. Gleichzeitig sollte die Konversion bzw. Umstrukturierung von konventionellen Unternehmen zu solchen der Social Economy aktiv unterstützt werden, indem beispielsweise das Social-Economy-Kriterium der Reinvestition von Gewinnen als Kondition für die Zeit nach Erhalt einer Beihilfe festgelegt wird;
62. Förderung gemeinwohlorientierten Wirtschaftens (für einen „gesellschaftlichen Nutzen“) im Sinn der Social Economy, um einen Ausgleich zu schaffen für jene Kosten, die entstehen, wenn negative externe Effekte wirtschaftlichen Handelns vermieden werden sollen. Derzeit schlagen sich diese freiwilligen Leistungen im Verkaufspreis nieder, weil z. B. CO₂-ärmere Rohstoffe in aller Regel teurer sind. Die Internalisierung von nicht auf die Gesellschaft abgewälzten Kosten erfordert entsprechende allgemein gültige rechtliche Rahmenbedingungen, um Wettbewerbsnachteile auszugleichen;
63. auf volkswirtschaftlicher Ebene Einsatz alternativer Wohlstandsindikatoren wie etwa das Common Good Product (CGP);
64. partizipative und damit sozialverträgliche Gestaltung der dringlich notwendigen sozial-ökologischen Transformation (z. B. hinsichtlich Einschränkung bzw. Ersatz umweltschädlicher Produkte bzw. Produktionsmethoden und gleichzeitigem Aufbau neuer Perspektiven für betroffene Arbeitnehmer:innen);
65. aktive Unterstützung von Betriebsratsgründungen und gelebter innerbetrieblicher Demokratie (v. a. auch in Hinblick auf die Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation);
66. wirksame fortschrittliche Arbeitszeitmodelle, Förderung der Wahrnehmung von Elternrechten von Männern oder Frauenförderpläne, die aus einer frauen- und gleichstellungspolitischen Perspektive unumgänglich sind, um Freiheit und Selbstentfaltungsmöglichkeiten für alle Menschen sicher zu stellen, da nachhaltige Erwerbsarbeitsmarktintegration oft an den Rahmenbedingungen scheitert. Auch im Jahr 2023 hängt die Erwerbsbeteiligung von Frauen oftmals von der verfügbaren Kinderbetreuung ab, da unbezahlte Care-Arbeit nach wie vor hauptsächlich von Frauen erledigt wird. Ein breiter Ausbau der Kinderbetreuung, insbesondere im ländlichen Raum, ist daher dringend notwendig. Dieser sollte in enger Abstimmung mit regionalen Akteur:innen der Social Economy sowie mit den Vertretungen der Arbeitnehmer:innen stattfinden;
67. Reduktion sozialer Ungleichheit durch eine Steuerstrukturreform;
68. höhere Einkommen, verkürzte Arbeitszeiten und eine Erhöhung des Personalstands in Organisationen und Unternehmen der Social Economy, die im Sozialbereich tätig sind. Deren Mitarbeiter:innen waren nicht zuletzt während der Corona-Pandemie in hohem Maße und z. T. bis über ihre Belastungsgrenzen gefordert. Dies erfordert eine Ausweitung der staatlichen Budgets für die Social Economy insbesondere im Care-Sektor, denn diese Budgets schränken die Handlungsspielräume der entsprechenden Unternehmen bzw. Organisationen ein;
69. Schutz von Social-Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen vor missbräuchlicher In-

- strumentalisierung, z. B. als „Rettungsnetz“, das den Abbau staatlicher Daseinsvorsorge auffangen soll;
70. demokratische, sozial faire und ökologisch gerechte Neugestaltung internationaler wirtschaftlicher Strukturen unter Berücksichtigung der besonderen Potenziale von Social Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen sowohl in der EU als auch in Ländern des Globalen Südens und mit Blick auf deren internationale Kooperation;
 71. Entwicklung von demokratisch regulierten Social Economy-Prozessen und -Strukturen zur sozialen Einbettung der zu erwartenden globalen Diffusion von (halb-)autonomen, KI-gestützten Technikartefakten sowie solchen der Virtual und Augmented Reality;
 72. Schaffung eines Umfeldes für soziale Innovationen durch Förderung von Kooperationen (innerhalb der Social Economy, aber auch mit anderen Akteur:innen z. B. Kommunen, Universitäten und Fachhochschulen in Form von Inkubatoren, Kompetenzzentren, Foren, Netzwerken, Social Economy-Regionen oder -Clustern);
 73. Bildungsarbeit und Bewusstseinsbildung auf allen Ebenen (Schulen, Erwachsenenbildung, Hochschulen) zu allen Aspekten der Social Economy.

3.2. Empfehlungen an Akteur:innen der Social Economy

Die Akteur:innen der Social Economy in Österreich, das heißt die Beschäftigten, die Nutzer:innen und Managements der entsprechenden Unternehmen und Organisationen sind sehr unterschiedlich und bislang nicht gemeinsam organisiert. Doch gemeinsam können wir stärker werden!

Aufbau einer wirksamen Interessenvertretung

74. Nutzen Sie diese Deklaration für ihre Lobbyarbeit und führen Sie die Tradition von Social Economy-Konferenzen in Österreich weiter, damit anstelle der Fragmentierung des Sektors Gemeinsamkeiten sichtbar stärker werden.
75. Überlegen Sie Möglichkeiten der Institutionalisierung der Social Economy, um deren nachhaltiges Wachstum zu unterstützen, z. B. durch Gründung eines Interessensverbands.

Stärkung von Demokratie und Partizipation

76. Unterstützen Sie aktiv die Gründung von Betriebsräten und eine gelebte innerbetriebliche Demokratie.
77. Nehmen Sie dafür gegebenenfalls professionelle Unterstützung und die Expertise der Vertretungen der Arbeitnehmer:innen in Anspruch.

Verbesserung von Arbeitsverhältnissen

78. In einigen Unternehmen bzw. Organisationen der Social Economy können bzw. müssen Arbeitsverhältnisse verbessert werden. Wirken Sie in den betreffenden Unternehmen und Dachverbänden darauf hin, Arbeitszeiten zu verkürzen, Einkommen und Personalstand zu erhöhen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern, in enger Zusammenarbeit mit den

Vertretungen der Arbeitnehmer:innen.

79. Wirken Sie auf Ihre Unternehmen und Dachverbände dahingehend ein, verstärkt Vollzeitarbeitsplätze⁷⁴ aususchreiben, wo dies nicht schon gängige Praxis ist.

Bewusstseinsbildung

80. Machen Sie die besonderen unverzichtbaren, transformativen Potenziale der Social Economy sichtbar und vermitteln Sie diese einer breiten Öffentlichkeit.
81. Entwickeln Sie Vergleichs- und Lernmöglichkeiten anhand guter Beispiele aus Österreich und anderen Ländern Europas und implementieren Sie solche in Ihren Organisationen bzw. Unternehmen.
82. Entwickeln Sie Möglichkeiten, sich am sozialen Dialog zu beteiligen, damit die spezifischen Bedürfnisse der Organisationen bzw. Unternehmen der Social Economy sichtbar werden, insbesondere wenn sie benachteiligte Personengruppen beschäftigen.

⁷⁴ Bei allgemeiner Arbeitszeitverkürzung ist diese Forderung mit dem Wunsch nach kürzeren Arbeitszeiten konsistent

Impressum



RCE Graz-Styria – Zentrum für nachhaltige Gesellschaftstransformation
Karl-Franzens-Universität Graz
Heinrichstraße 18
8010 Graz
<https://regional-centre-of-expertise.uni-graz.at/de/>

als koordinierende Organisation des Social Economy Deklarationsprozesses

Mit freundlicher Unterstützung des Klima- und Energiefonds.

